



Bildungsfinanzierung

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

Januar/Februar
2006

Inhalt:

Bolkestein macht's möglich:

Wird auch Bildung bald in die Freiheit des Marktes entlassen?

von Reinhard Frankl S. 3

Unser Bedarf fordert eure Ressourcen

Kleine Polemik zu »Bildung neu denken! Das Finanzkonzept« der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw)

von Karin Just S. 6

Bildungsfinanzierung als Selektionsinstrument

von Prof. Dr. Christoph Ehmann S. 8

Bildung als Ware

Zum »Runden Tisch« gegen die Ökonomisierung der Bildung an der Universität München. Interview mit den InitiatorInnen

von Michael Bayern S. 11

Streik an der Fachhochschule in Nürnberg

von zwei beteiligten Studentinnen S. 13

Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen?

Bundesregierung: Kindergeld nur noch bis 25

eine Information des GEW-Hauptvorstandes S. 15

Zur Geschichte eines Hauses ...

... und was wir daraus für heute lernen können

von Prof. Dr. Klaus Weber S. 16

Aufruf zur Beteiligung an den Betriebsratswahlen

vom 1. März bis 31. Mai 2006:

Die Arbeitsbedingungen im Betrieb mitgestalten

von Wolfgang Nördlinger S. 18

Der Zeitgewinn IX

Oder: Gedanken eines älteren redaktionellen Mitarbeiters über das Abschied nehmen

von Hannes Henjes S. 19

Vermischtes S. 20

Dies und Das S. 21

Veranstaltungen S. 22

Glückwünsche S. 23

Kontakte S. 24

**Telefonische Sprechzeiten der GEW Rechtsstelle
mit Beratung für GEW-Mitglieder: montags und donnerstags
von 13.00 bis 16.00 Uhr
Telefon: 0 89-54 37 99 59**

Die »Junge GEW« lädt zu ihrem nächsten Treffen ein

am 25. März 2006

12.00 - 16.00 Uhr in München

Gewerkschaftshaus

Info: monika.hartl@bayern.gew.de

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

Bildungsfinanzierung à la Tegernsee? Fast möchte man ihm dankbar sein, dem Herrn Otto Beisheim, für das Aufsehen, das er sogar bundesweit durch die Rücknahme seiner 10-Millionen-Euro-Stiftung für das Tegernseer Gymnasium erregt hat. Zumindest lässt sich jetzt an einem konkreten Beispiel erläutern, was es für eine Gesellschaft bedeutet, wenn Bildungseinrichtungen – oder andere Institutionen gesellschaftlicher Daseinsvorsorge – angesichts leerer öffentlicher Kassen auf die so genannte »Privatinitiative« reicher Stifter angewiesen sind. Man muss die Herrschaften bei Laune halten, will man nicht ihrer Gunst verlustig gehen. Man darf keine Fragen stellen. Weder hat die persönliche Integrität der Stifter zu interessieren, noch die Art, wie sie zu ihrem Reichtum gekommen sind. Ob z. B. ein Herr Beisheim die gestifteten Millionen durch die Ausbeutung seines Personals, durch Lohn-dumping und den Abbau von Arbeitsplätzen erzielt hat, ist egal. Ob sein Milliardenvermögen darauf beruht, dass sein Unternehmen kleinere und mittlere Einzelhandelsgeschäfte – vielleicht auch solche im Tegernseer Tal? – niederkonkurriert und vernichtet hat, spielt keine Rolle. Ob er mit Hilfe solcher Stiftungen Steuern spart und somit den Staat noch mehr in finanzielle Schieflage bringt, darf nicht thematisiert werden. Und wenn dann tatsächlich jemand solch dumme Fragen stellt – dann ist das Geld halt wieder futsch.

Das erinnert tatsächlich an feudale Verhältnisse und es sollte doch stutzig machen, wenn ausgerechnet unter dem Deckmantel von Programmen, die vorgeblich eine Modernisierung des Bildungssystems anstreben, jene Forderungen Konjunktur haben, die derartiger »Privatinitiative« größeren Einfluss verschaffen möchten (siehe dazu auch Seite 6 f. dieser Ausgabe).

Als aufschlussreiche Lektüre möchten wir dazu auch einen Artikel empfehlen, der in der November-Ausgabe der Zeitschrift »Blätter für deutsche und internationale Politik« erschienen ist und sich unter dem Titel »Der Lockruf der Stifter« dem Einfluss der Bertelsmann-Stiftung auf die Bildungspolitik dieses Landes widmet.*

Abschließend zur Klarstellung: Hier sollen keineswegs die vielfältigen Initiativen verunglimpft werden, die nur mit Hilfe von Stiftungsgeldern in der Lage sind, gesellschaftlich sinnvolle Arbeit zu leisten – auch im Bildungsbereich. Aber es stellt sich mindestens die Frage, welche Formen demokratischer Legitimation und Kontrolle wir brauchen, damit private Initiativen wohlhabender Menschen jenseits von Willkür und ideologischer Dressur wirksam werden können.

Karin Just

* Download möglich unter: <http://www.blaetter.de/artikel.php?pr=2183>

Wer Interesse daran hat, aber keinen Zugang zum Internet, kann sich an die DDS-Redaktion wenden. Wir schicken ihn dann zu.

Impressum:

ISSN 0011-8311

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München,

☎ 0 89-5440810 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de • www.bayern.gew.de

Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar • ☎ 0 89-51 00 91 02 • Fax: 089-5389487
e-mail: KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Johannes Gaab, Hannes Henjes, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Dora Weniger.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (soweit nicht an Ort und Stelle berücksichtigt): Titel: Imago/Barbara Kirchhof

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates

Bolkestein macht's möglich:

Wird auch Bildung bald in die Freiheit des Marktes entlassen?

Auf dem 25. Gewerkschaftstag in Erfurt durften wir einen eindrucksvollen Vortrag des SPD-Bundestagsabgeordneten und Wissenschaftlers Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker hören, in dem er klar auf die aufklärerische Rolle der Bildung als Gegengewicht zur Globalisierung und ihren sozialen Folgen hinwies. Das hieße auch: Entzauberung von Unternehmensmythen. In der anschließenden Nachfrage, warum er z.B. mit keinem Wort auf die »Bolkestein-Richtlinie« eingegangen sei, die genau diesen Mythen folge, der öffentlichen Daseinsvorsorge in Europa mit der Abrissbirne begegne und noch längst nicht vom Tisch sei, konnte er damals noch antworten, dass sich da ja wohl die rot-grüne Fraktion und der Kanzler selbst deutlich geäußert hätten und die Blockierung der Richtlinie in der Fassung vom Januar 2004 beschlossene Sache sei. Was wir damals schon ahnten, seit dem 23. November 2005 ist es nun klar: Die Blockade ist Schnee von gestern! Nicht nur, weil Schröder weg ist. Denn auch die Sozialdemokraten im Binnenmarktausschuss des EU-Parlaments enthielten sich an jenem Novembertag teilweise ihrer Stimme oder stimmten sogar zu, und zwar einem Entwurf der Richtlinie, der von den »Verbesserungen«, wie sie Schröder, Sozialdemokraten und Grüne angekündigt hatten, so gut wie nichts erkennen lässt. Auch der größte Hammer darin, das von den Konservativen und Liberalen durchgedrückte, so genannte »Herkunftslandprinzip«, konnte sie nicht zu einhelliger Ablehnung bewegen.

Trügerische Hoffnungen

Wird die »Dienstleistungsrichtlinie« nun, wie wir befürchten müssen, am 14. Februar von der konservativ-liberalen Mehrheit im europäischen Parlament durchgewunken, hat das nicht nur Auswirkungen auf den bisher bereits privat organisierten Dienstleistungsmarkt. Der von attac oft wiederholte Hinweis, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Menschen betroffen sind, hat zwar einige, aber bisher noch zu wenige in Gesellschaft und Gewerkschaft bewegt. Und nach Bolkestein- und EU-Kampagne der globalisierungskritischen Bewegung muss die GEW auf Hauptvorstandsebene erschrocken feststellen, dass der Bildungsbereich – entgegen früher genährter Hoffnungen – im neuen Entwurf

nun doch nicht von der Richtlinie ausgenommen ist, dass aber »das Thema aus den Köpfen raus ist« (jw 15.12.2005).

Alles, was wir im Zusammenhang mit GATS, dem WTO-Dienstleistungsabkommen in den letzten Jahren referiert und diskutiert haben, was mit dem WTO-Gipfel in Cancún ins Stocken geriet und auch in Hongkong zwar nicht platzte, aber auch nicht gerade an Fahrt gewann, all das wird auf EU-Ebene von der Liberalisierungspolitik der EU-Binnenmarktstrategen vorweggenommen und soll mit dem »Bolkestein-Hammer« jetzt als neoliberale Eckpfeiler in das neue Europa eingeschlagen werden.

NSM und PPP – die Privatisierung hält Einzug

Privatisierung und Liberalisierung schreiten mächtig voran. Dabei übernimmt die betriebswirtschaftliche Reorganisation öffentlicher Verwaltungen, Unternehmen und – was uns besonders betrifft – Bildungseinrichtungen eine wichtige unterstützende Funktion. Stichworte für diesen Prozess sind Verwaltungsreform, Neue Steuerungsmodelle (NSM) oder New Public Management. Die Werkzeuge heißen z.B. »Plurale Struktur öffentlicher und privater Leistungserbringer«. Um eine eng definierte »Kostentransparenz« in den öffentlichen Vorsorge- und Versorgungseinrichtungen herzustellen, werden sie in einen Wettbewerb zum Zwecke von Preis- und Effizienzvergleichen getrieben. Am Ende derartiger Vergleiche können nicht nur materielle Privatisierungen stehen, sondern auch verschiedene Modelle von Public Private Partnerships (PPPs). Diese Modelle werden gerade von der OECD favorisiert. Sie schießen wie Pilze aus dem bundesrepublikanischen Boden.

Der öffentliche Sektor verwandelt sich in ein Experimentierfeld für die jeweils aktuellen Management-Moden. Wir erinnern uns: In Bayerns Bildungs-

Frits Bolkestein arbeitete zwischen 1960 und 1976 für das Chemie-Unternehmen Shell. Er war von 1978 bis 1999 Abgeordneter der Liberalen (VVD) im niederländischen Parlament, von 1982 bis 1986 Außenminister der Niederlande und 1988 bis 1989 Verteidigungsminister. Von 1990 bis 1998 war er Fraktionsvorsitzender der VVD im niederländischen Parlament. Von 1996 bis 1999 war er Präsident der Liberalen Internationale. In der EU-Kommission Prodi war er für den Binnenmarkt, Steuern und Zollunion zuständig. Als letzte bedeutende Amtshandlung legte er im Januar 2004 den Entwurf einer Europäischen Dienstleistungsrichtlinie vor. Auch wenn Bolkestein seit November 2004 nicht mehr Mitglied der EU-Kommission ist, die Europäische Dienstleistungsrichtlinie (DLRL) trägt weiterhin seinen Namen. Frits Bolkestein war Berater der Mont Pelerin Society, die als führende Denkfabrik des Neoliberalismus gilt (s. dazu die Veröffentlichungen von Dieter Plehwe, Bernhard Walpen, z.B. in PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 115, 29. Jg., 1999, Nr. 2).



Foto: Imago/Steinach

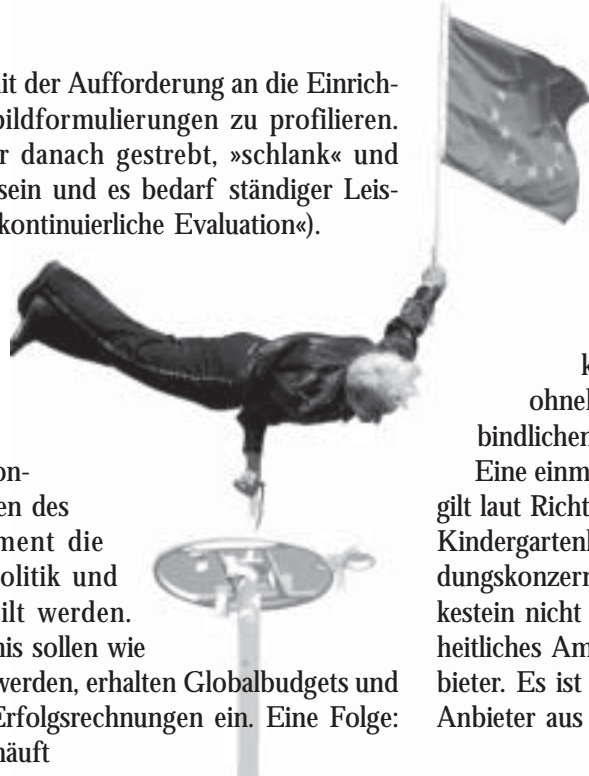
landschaft begann es mit der Aufforderung an die Einrichtungen, sich mit Leitbildformulierungen zu profilieren. Seither wird auch hier danach gestrebt, »schlank« und »kundenorientiert« zu sein und es bedarf ständiger Leistungsüberprüfungen (»kontinuierliche Evaluation«).

Auch die Diskussion um »Selbstständige Schule« und die »Autonome Universität« hat nur deshalb derzeit in fast allen politischen Lagern Hochkonjunktur, weil im Rahmen des New Public Management die Aufgaben zwischen Politik und Verwaltung neu verteilt werden. KiTas, Schulen und Unis sollen wie Unternehmen geführt werden, erhalten Globalbudgets und führen Bilanzen und Erfolgsrechnungen ein. Eine Folge: Zur Zeit erleben wir gehäuft

Schließungen von Fakultäten: Leipzig, Dresden, Göttingen, Köln – in Würzburg ist es gerade die erziehungswissenschaftliche. Denn die Gewährung dieser »Autonomie« geschieht vor dem Hintergrund geleerter Staatskassen und muss natürlich zur Einschränkung öffentlicher Leistungen führen.

In den Augen marktradikaler Ideologen gibt es bei dieser »viel zu zähen Umgestaltungsphase« noch zu viele »hemmende Regulierungen«. Sie sehnen sich nach dem Bolkestein-Hammer mit seinem Hauptbestandteil »Herkunftslandprinzip«. Nach dem Vorschlag des ehemaligen Binnenmarktkommissars und jetzt auch des Binnenmarktausschusses soll ein Dienstleistungserbringer grundsätzlich nur noch den Gesetzen des Landes unterliegen, in dem sich sein Stammsitz befindet.

Vor dem Hintergrund der oben erwähnten Einbeziehung des Bildungsbereiches in den Geltungsbereich dieser Richtlinie heißt das eben, dass nicht mehr nur deutsche Handwerker in den Ruin durch Billigkonkurrenz aus dem Osten getrieben werden. Betreiber von Bildungseinrichtungen, die auch nur den geringsten privatwirtschaftlichen Anteil haben, werden im Sinne der Richtlinie als Dienstleister definiert. Die neuen Förderrichtlinien für KiTas, die Diskussion um Studiengebühren, die Einführung von Public Private



Partnerships in Schulen gewinnen so eine wesentlich schärfere Bedeutung als bisher. Privatwirtschaftlich orientierte Betreiber von Kindertagesstätten, Universitäten oder berufsbildenden Lehrgängen haben dann einen EU-weit verbindlichen Anspruch auf gleichberechtigten Marktzugang und Anspruch auf kommunale Zuschüsse, wo deren Standards ohnehin weit unter den bisher in Deutschland verbindlichen liegen.

Eine einmal erteilte Zulassung eines privaten Betreibers gilt laut Richtlinie für das gesamte Hoheitsgebiet. Wo eine Kindergartenkette ihre nächste Filiale aufmacht oder ein Bildungskonzern eine McUni errichtet, kontrolliert nach Bolkestein nicht mehr ein politisches Gremium oder ein hoheitliches Amt, sondern der autonome Dienstleistungsanbieter. Es ist dann nur noch eine Frage der Zeit, bis sich Anbieter aus den Ländern mit den niedrigsten Standards

auf den Märkten gegenüber staatlichen Hochschulen oder kommunalen Kindergärten durchsetzen. Die bisher in vielen Bundesländern verbindliche Zertifizierung von Bildungsträgern wäre nach Inkrafttreten der Richtlinie einfach illegal. Sogar die Ausstattung von Bildungseinrichtungen wird nach der Richtlinie der Kontrolle demokratisch legitimer Institutionen wie Gemeinderäten weitgehend entzogen.

Selbst öffentliche Fördermaßnahmen im Rahmen von Jugendhilfeplänen zur Unterstützung benachteiligter und sozial gefährdeter Kinder und Jugendlicher könnten als verbotene Subvention gewertet werden, wenn sich beispielsweise ein kommerzieller Anbieter von

Freizeitangeboten »diskriminiert« fühlt.

Und wenn jetzt CSU-Abgeordnete beschwichtigen, »für Löhne, Arbeitsschutz oder Tarifrecht ändert sich deshalb rein gar nichts«, weil die Entsenderichtlinie doch vom Herkunftsland ausgenommen sei, dann muss man erst mal prüfen, wie leicht diese z.B. durch Scheinselbstständigkeiten umgangen werden kann und was es dort wieder an Ausnahmen gibt. Man wird feststellen, dass für den Kündigungsschutz wieder das Herkunftslandprinzip gilt und z.B. sämtliche gewerkschaftlichen Rechte nicht unter das Entsendegesetz fallen.

Schritte der Privatisierung

Ausgewählte Beispiele aus dem Bildungsbereich:

- PPP: Intel lehren (ALPI), KidSmart; SAP + Sun Microsystems+ TU München; Big Number e.V. Cisco, Bertelsmann (CHE!), www.bildungscnt.de ...
- Bremen: »GmbH für Bildungsinfrastruktur«
- Bremen: IUB – Filiale von Rice University, Austin, Tex.
- Hamburg: Privatisierung der Beruflichen Schulen. Das Volksbegehren 2004 »Bildung ist keine Ware« erbrachte 120.985 Unterschriften. Dennoch überführt der CDU-Senat die Beruflichen Schulen in neue Rechtsform (Stiftung)
- generelles Sponsoring von Lehrmitteln (Hessen)
- PPP in Köln, Offenbach, jetzt auch Frankfurt/M.: Schulgebäude an private Firmen, Kommune least zurück z.B. Kultur und Natur e.V. »Natur und Kultur« hat sich darauf spezialisiert, Kontakte zwischen Schulen und Wirtschaft zu vermitteln. Außerdem erstellt der Verein Lehrmaterial im Auftrag von Unternehmen. Die Schulen nehmen die Hilfe dankbar an, aber was ist, wenn die Unternehmen durch solche Programme beginnen, Einfluss auf den Lehrplan zu nehmen? Stolz ist man bei »Natur und Kultur« auf das Lehrmaterial zum Thema Kartoffel. Auf jeder zweiten Seite prangt das Logo des Sponsors McCain.

Am 14. Februar will das Europäische Parlament über die Bolkestein-Richtlinie zur Liberalisierung der Dienstleistungen beschließen. Das wollen wir mit vereinten Kräften von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften verhindern! Die Bolkesteinrichtlinie muss weg. Stattdessen fordern wir ein soziales und ökologisches Europa mit der Angleichung sozialer Standards nach oben.

Nach vielen Gesprächen unter BündnispartnerInnen in Europa und in Deutschland sind nun am 11. und 14. Februar Demonstrationen in Straßburg geplant. Am 11. Februar wird es außerdem Aktionen in den Hauptstädten geben, so auch in Berlin.

von Reinhard Frankl

Hauptschullehrer in Heimbuchenthal und Vertreter der GEW Bayern im Bundesarbeitskreis Bildungsfinanzierung
e-mail: ra_frankl@t-online.de



Foto: Michael Lörler

Literatur:

www.gew-bayern.de > Klick: Auswahlfenster > wto/gats/EU
Dort insbesondere die Veröffentlichungen von Thomas Fritz wie z.B.
»Auswirkungen der Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt auf das Bildungswesen. Hintergrundpapier. Im Auftrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – GEW.« Berlin, 20. Dezember 2004.
»Daseinsvorsorge unter Globalisierungsdruck. Wie EU und GATS öffentliche Dienste dem Markt ausliefern.« Januar 2004. BLUE 21 Arbeitspapier.

Auf der Homepage der GEW Bayern gibt es auch Links zu Beispielen für Public Private Partnership und Privatisierungen im Schulbereich:
www.bayern.gew.de > Proteste gegen EU-Dienstleistungsrichtlinie > noch mehr

Die Fahrt zur Demo nach Berlin wird von den DGB-Regionen organisiert. Wer mitfahren möchte, möge sich bitte dahin wenden.



Bewegen, Kollegen, bringt Segen!

Foto: Robert Michel

GEW ruft zu Demos am 11. und 14. Februar auf

Proteste gegen EU-Dienstleistungsrichtlinie

Die GEW ruft gemeinsam mit anderen Gewerkschaften für den 11. Februar zu einer Demonstration in Berlin und für den 14. Februar zu weiteren Aktionen gegen die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie in Straßburg auf. Sollte das EU-Parlament dem vorliegenden Entwurf im Februar zustimmen, werden Arbeitsplatzabbau, Sozial- und Lohndumping Tür und Tor geöffnet.

Die GEW fordert:

- Kein Herkunftslandprinzip! Dienstleistungen müssen komplett den Kontrollen und Standards des Ziellandes entsprechen.
- Schutzrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bewahren! Alle Regelungen, die das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer betreffen, müssen von der Richtlinie unberührt bleiben.
- Keinen Eingriff in die Daseinsvorsorge der Menschen! Insbesondere Bildung, Gesundheit und soziale Dienste müssen vollständig aus der Richtlinie herausgenommen werden.
- Schutz für Leiharbeiterinnen und -arbeiter, die länderübergreifend eingesetzt werden sollen! Die Tätigkeit von Leiharbeitsfirmen muss aus der Richtlinie ausgenommen werden.

Werden die Forderungen der GEW nicht in die Dienstleistungsrichtlinie aufgenommen, drohen dem Bildungsbereich weitere Privatisierung und Deregulierung. Qualitätsverluste des Angebots und die Zunahme von Chancenungleichheit sind die Folge. Die Zeche zahlen die Beschäftigten und die Lernenden.
Die GEW ruft die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für die Forderungen der Gewerkschaften einzusetzen und dem vorliegenden Entwurf der EU-Dienstleistungsrichtlinie nicht zuzustimmen. Das hatten Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart: »Wir werden ihr (der Dienstleistungsrichtlinie, Anm. d. Red.) auf europäischer Ebene nur zustimmen, wenn sie sozial ausgewogen ist, jedem Bürger den Zugang zu öffentlichen Gütern hoher Qualität zu angemessenen Preisen sichert und Verstöße gegen die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt nicht zulässt.«
Sie begrüßt alle weiteren Aktivitäten der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen im Vorfeld der Abstimmung im EU-Parlament.

Ulrich Thöne, GEW-Vorsitzender

Unser Bedarf fordert eure Ressourcen!

Kleine Polemik zu »Bildung neu denken! Das Finanzierungskonzept« der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw)

Aus »gesamtgesellschaftlicher Verantwortung« habe die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft e.V. ein »Gesamtkonzept für die Reform des deutschen Bildungswesens von der Kinderkrippe bis zur Seniorenweiterbildung« in Auftrag gegeben. Keinesfalls dürften »Beobachter dahinter pures wirtschaftliches Eigeninteresse vermuten«, so deren Präsident Randolph Rodenstock (S. 9).¹

Die Zusammenfassung der Studie² jedoch benennt als »künftige Herausforderungen an das deutsche Bildungssystem« nur folgende vier Problemstellungen:

- »Der Wettbewerbsdruck für die deutschen Unternehmen steigt durch Globalisierung und Zunahme internationaler Konkurrenz.
- Durch die Beschleunigung der Produktzyklen wächst der Innovationsbedarf in der deutschen Wirtschaft. Gleichzeitig verändern sich die Arbeitsverhältnisse zunehmend in Richtung wissensbasierter Dienstleistungstätigkeiten.
- Neue Technologien und die Tendenz zu Verbundtechnologien erfordern innovationsfähige Arbeitskräfte mit Mehrfachqualifikationen.
- Der demografische Wandel, die größte Herausforderung für die Zukunft, hat schwerwiegende Implikationen für die Verfügbarkeit hoch qualifizierter Arbeitskräfte im oberen Segment sowie im Bereich der Facharbeiter. So wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2030 um 1,2 Mio. auf 37,5 Mio. sinken. Sollte der Status quo an qualifizierten Arbeitskräften mit Hochschulabschluss erhalten bleiben, müssten fast 70 Prozent eines Altersjahrgangs die Hochschulreife erwerben und die Hälfte eines Jahrgangs ein Studium erfolgreich abschließen.« (S. 1).

Diesem prognostizierten Bedarf der Wirtschaft entspricht auch das Gesamtkonzept, das eindeutig darauf zielt, zu diesem Zweck keinerlei menschliche Ressourcen ungenutzt zu lassen. Dass dabei viele Punkte sowohl der Mängelanalyse des herrschenden Bildungssystems als auch der Forderungen, die auf eine Verbesserung zielen, auch für die Bildungsgewerkschaft GEW zustimmungsfähig sind, darf nicht dazu verführen, die damit verbundene »Vernutzungsstrategie« zu verharmlosen.

Von der Wiege bis zur Bahre

Dem unauffällig platzierten Postulat »Die strikte Trennung von Arbeit und Freizeit kann nicht aufrecht erhalten werden.« (S. 40) sollen sich scheinbar alle Lebensphasen von 4 Jahren bis ins hohe Alter unterordnen. Das beginnt mit einer Vorverlegung des Einschulungsalters auf das vollendete 4. Lebensjahr (S. 52) und setzt sich fort bis zu den über 65-Jährigen, da »ein heute 20-jähriger Arbeitnehmer davon



auszugehen hat, 50 Jahre in seinem Beruf zu arbeiten. Das ist ohne berufliche Weiterbildung angesichts der Beschleunigung von Innovationen nicht denkbar.« (S. 159). »Schüler wie auch Erwachsene müssen wesentlich mehr und auf einem höheren Leistungsniveau lernen.« (S. 47) ist die Forderung. Sie konkretisiert sich für die einen darin, dass »Schulferien und andere lernfreie Zeiten für zusätzlichen Unterricht verwendet werden können« und durch die »Begrenzung der Schulferien auf den Urlaubsumfang bei Auszubildenden im Jugendalter« (S. 52). Die Älteren müssen »das Schlagwort »Selbst-GmbH« verinnerlichen, d.h. nur wer neben den betrieblichen Maßnahmen während der Arbeitszeit auch in der Freizeit bereit ist, sich weiterzubilden, kann bestehen.« wie die vbw an anderer Stelle³ kundtut. Denn »dem Recht auf einen freien Zugang zu allen Bildungsangeboten entspricht eine Verpflichtung, Bildungsangebote auch im Erwachsenenleben wahrzunehmen.« (S. 41).

Von Freiwilligkeit und der Lust des Lernens nach eigenen und möglicherweise nicht-ökonomischen Bedürfnissen der Menschen ist nicht die Rede. Aber das scheint auch überflüssig, denn diese »folgen auch klaren Leitbildern für Leben, Lernen und Arbeiten«, von denen eines heißt »Das Individuum der Zukunft handelt gemeinschaftsorientiert, d.h. kompetent, verantwortungsvoll und in erheblichem Maße auch unter Verzicht auf den eigenen Nutzen.« (S. 40f.).

Damit die Individuen dieses Leitbild – trotz permanenter Leistungskontrolle und nicht aufgehobener Leistungskonkurrenz – entwickeln können, wird allen Jugendlichen im Alter von 17 bis 18 Jahren als Ausbildungsbestandteil ein »Ziviles Pflichtjahr« verordnet, in dem sie »Gelegenheit finden notwendige personale Schlüsselqualifikationen zu erwerben und zu vertiefen, indem die Möglichkeit zur Eigenerfahrung sowohl im Hinblick auf Verantwortungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft als auch auf Stresserleben und Problemlösequalifikationen gegeben wird.«

Das Drei-Säulen-Modell

Für die Realisierung dieses Bildungskonzeptes will die vbw auch richtig viel Geld ausgeben (lassen). Um 34 Mrd. Euro würden sich die Bildungsausgaben im Jahr 2020 bei Umsetzung aller Empfehlungen erhöhen. Da jubilierten alle

¹ vbw (Hrsg.) Bildung neu denken! Das Finanzierungskonzept. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004. Alle Seitenangaben beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf diese Publikation.

² Download unter: <http://www.vbw-bayern.de/jsp/96033.jsp>

³ vgl. <http://www.vbw-bayern.de/jsp/79307.jsp>

BildungspolitikerInnen, finden sie doch endlich einmal ihre Forderungen bestätigt, dass Bildung in diesem Lande besser finanziert werden muss.

Die vbw empfiehlt, die Last der zusätzlichen Bildungsfinanzierung auf »drei Säulen« zu verteilen: Staat, private Haushalte und Unternehmen – und zwar entsprechend deren jeweiliger »Nutzererwartung«.

Die erste Säule

Verblüffend angesichts der eingangs dokumentierten vier Problemstellungen ist, dass der öffentlichen Hand – also Bund, Ländern und Gemeinden – ein Großteil der 34 Mrd. Euro Mehrausgaben zu finanzieren verbleibt, nämlich über 29 Mrd. Euro. Und dies trotz gleichzeitig erhobener Forderung, der »Staatsinterventionismus in der Bildungsfinanzierung« müsse konsequent begrenzt werden und der Privatinitiative sei größerer Spielraum zu verschaffen.

Nicht berücksichtigt sind bei den 29 Mrd. Euro die geschätzten 7,7 Mrd. Euro Kosten für das »Zivile Pflichtjahr«, das grundsätzlich nur in öffentlichen Einrichtungen abgeleistet werden soll (S. 125). Über dessen Gesamtkosten wagen die ExpertInnen nämlich keine Aussage zu treffen, denn:

»Werden soziale Aufgaben – im privaten oder öffentlichen Bereich – wahrgenommen, die ohne das Zivile Pflichtjahr von »normalem« Personal erfüllt worden wären, müssten Annahmen darüber getroffen werden

- wie produktiv die Jugendlichen im Zivilen Pflichtjahr im Vergleich zu den Normalbeschäftigten sind und wie viele Normalbeschäftigte ersetzt werden,
- ob die nun nicht beschäftigten Personen anderweitig tätig sind und mit welcher Produktivität im Vergleich zur sozialen Tätigkeit oder
- ob die nun nicht beschäftigten Personen arbeitslos sind und welche Kosten dadurch entstehen.« (S. 137f.).

Mangelndes Problembewusstsein kann man da also nicht unterstellen.

Die zweite Säule

Über 4 Mrd. Euro sollen die privaten Haushalte schultern. In dieser Summe sind Studiengebühren – die selbstverständlich vorausgesetzt werden, sozial abgefedert durch staatliche Förderung – nicht enthalten.

Da die privaten Haushalte durch »ein bedarfsdeckendes, kostenfreies Angebot an arbeitsplatznahen Tageseinrichtungen« fast 900 Mio. Euro einsparen, fragt man sich, wie die Summe von über 4 Mrd. zustande kommt. Zwar werden für den »privaten Erwerb individuell genutzter Medien«, gemeinhin Lehrmittel genannt, 680 Mio. Euro veranschlagt. Aber wofür brauchen die privaten Haushalte den Rest?

Die Antwort leitet zur dritten Säule der Bildungsfinanzierung über.

Die dritte Säule

Das Finanzierungskonzept sieht eine obligatorische Verpflichtung zur Ausbildung vor. Endlich!, denkt sich die geneigte Leserin, die Unternehmen sind wider Erwarten lern-

fähig und akzeptieren nun doch ihre gesellschaftliche Verantwortung für die Berufsausbildung junger Menschen.

Doch Ernüchterung folgt auf dem Fuße: Die Ausbildungsverpflichtung soll nicht für die Unternehmen gelten sondern für die Jugendlichen. »Die bisherige Berufsschulpflichtregelung wird durch eine Ausbildungsverpflichtung für alle Jugendlichen im Umfang von drei Jahren nach der zehnjährigen Allgemeinbildungsphase ersetzt.« (S. 126).

Der Sinn dieser Regelung erschließt sich erst durch den nächsten Vorschlag. Die Unternehmen wollen die Ausbildungsvergütung ersatzlos streichen. Über 5 Mrd. Euro Einsparung zu Gunsten ihrer Kassen bieten sie als ihren Beitrag zur Bildungsfinanzierung in diesem Lande an – undbürden sie den privaten Haushalten auf. Kein Wunder, dass sie die Ausbildungspflicht (die künftig analog der Schulpflicht geregelt sein soll) brauchen, büxen ihnen doch sonst womöglich die jungen Menschen in irgendwelche – wenn auch schlecht bezahlten, aber wenigstens bezahlten – Jobs aus. Das muss schließlich verhindert werden.

Diese Einsparung, so wird im Folgenden argumentiert, würde durch die notwendige Bereitschaft der Unternehmen zur Weiterbildung ihrer Beschäftigten mehr als wettgemacht. Ausgaben von ca. 5,4 Mrd. Euro sind hierfür veranschlagt (S. 158). Rechnet man diese Summe gegen die Einsparung durch die Streichung der Ausbildungsvergütung auf, verbleiben als Anteil der Unternehmen an der Gesamtsumme der zusätzlich für Bildung eingeforderten Mittel in Höhe von 34,381 Mrd. Euro insgesamt 220 Mio. Euro. Ein wahrhaft generöser Beitrag.

Ist ein Narr, wer Böses dabei denkt?

Und selbst dieser verbleibende Restbeitrag ließe sich noch minimieren. Wenn Bildungsausgaben als Investitionskosten steuerlich berücksichtigt werden – so eine Forderung im Konzept – könnte bei angesetzten 5,4 Mrd. für Weiterbildungskosten der Unternehmen statt den 220 Mio. Euro Aufwendungen noch ein sattes Plus durch Steuereinsparungen rauskommen. Wie der Staat dann die ihm zugedachten Mehrausgaben für Bildung finanzieren soll? Dazu macht die vbw noch keine Vorschläge, aber da fiele ihr sicher noch was ein.

Es gäbe noch vieles an diesem Konzept zu entdecken. Allein es fehlt hier der Platz es darzustellen. Als unsere originäre Herausforderung müssen wir als Bildungsgewerkschaft aber z. B. annehmen, dass Lehrpersonal grundsätzlich nur noch befristet eingestellt werden soll.

Und mit den unzähligen privaten Elementen, die das auf marktwirtschaftliche Weise neu gedachte Bildungssystem infiltrieren sollen, lässt sich auch der Kreis zu Frits Bolkestein und der geplanten europäischen Dienstleistungsrichtlinie mühelos schließen.

Passen wir auf!

von Karin Just

Dipl.-Sozialökonomin und
Redaktionsleiterin der DDS
e-mail: KJ@bayern.gew.de





Foto: David Ausserhofer

Bildungsfinanzierung als Selektionsinstrument

Wir haben uns daran gewöhnt, die entscheidende Selektion in unserem Bildungssystem nach der vierten Klasse zu verorten, also dort, wo die Dreigliedrigkeit unseres Schulsystems offensichtlich wird. Aber im Grunde wird über die Schullaufbahnen bereits vor dem 10. Lebensjahr entschieden. Die auch äußerliche Trennung der Kinder nach der vierten Klasse macht dies nur für alle sichtbar.

Beispiel Ganztagskindergarten

Wann also erfolgt die soziale Selektion? Sie erfolgt nicht im Schulsystem, zumindest nicht ausschlaggebend. Sondern sie erfolgt im Kindergarten, genauer bei der Zuteilung des Rechts auf den Besuch eines Ganztagskindergartens und bei der Möglichkeit, dieses Recht finanziell abzusichern, also den Beitrag bezahlen zu können.

Da Ganztagskindergartenplätze in Westdeutschland Mangelware sind, werden sie nach strengen Kriterien verteilt. Eines dieser Kriterien ist die Berufstätigkeit der Mutter. Arbeitslosen Müttern und Sozialhilfeempfängerinnen wird gemeinhin ein Ganztagsplatz für ihre Kinder verwehrt – da sie ja zu Hause sein und sich um ihre Kinder kümmern können. Sofern diese Mütter zum Kreis der »bildungsfernen Schichten« gehören, können die Kinder zu Hause kaum eine qualifizierte pädagogische Förderung erfahren. Hingegen hat die mit einem berufstätigen Mann (sagen wir Anwalt) verheiratete berufstätige Frau (sagen wir Krankenhausärztin) für ihr Kind längst einen Ganztagsplatz erobert. Der ist zwar teuer, aber sie zahlt ihn gern, zumal sich der Staat, also die Gesamtheit der Steuerzahler, an diesen Kosten großzügig beteiligt, da sie als Aufwendungen weitgehend steuerabzugsfähig sind. Arbeitslose Mütter oder allein erziehende Sozialhilfeempfängerinnen, würden sie denn einen Platz für ihr Kind bekommen, schrecken hingegen vor den Kosten zurück, zumal sie – mangels Steuerzahlung – die Aufwendungen nicht einmal von der Steuer abziehen können.

Unser Bildungssystem schützt sich also mehrfach gegen mögliche soziale Aufsteiger: erstens durch administrative, aber letztlich finanziell begründete Schranken, indem nicht genügend Kindergartenplätze – und das heißt Bildungsmöglichkeiten – zur Verfügung gestellt werden und zweitens dadurch, dass selbst Einkommensschwachen Beiträge abverlangt werden, die teilnahmeverhindernd wirken.

Wer also wirklich Bildungsbarrieren verkleinern will, muss Ganztagskindergärten für alle absichern und diese zu Bildungsstätten machen, was eine entsprechende Ausbildung und Bezahlung der dort Tätigen verlangt.

Beispiel Schüler-BaföG

Auch eine weitere schichtenspezifisch sozial wirkende Schwelle im deutschen Bildungssystem liegt außerhalb des Pflichtschulbereichs. Gemeint ist das Schüler-BaföG. Es wurde zwischen 1971 und 1983 an SchülerInnen vollzeitlicher, zur Hochschulreife führender Schulen gezahlt und als Stipendium ohne Darlehensanteil nach sozialen Gesichtspunkten vergeben. Eingeführt durch ein Bundesgesetz, war der Bund auch der hauptsächliche Zahler – wie beim Studenten-BaföG. Der Höchstförderbetrag lag bei 400 DM. Mehr als 40 Prozent aller SchülerInnen vollzeitlicher, zur Hochschulreife führender Schulen – GymnasiastInnen wie FachoberschülerInnen, KollegiatInnen wie GesamtschülerInnen – erhielten diese Förderung, wenn auch nicht alle den vollen Satz. Nicht zuletzt deshalb verdoppelte sich zwischen 1970 und 1982 der Anteil der Arbeiterkinder unter den StudienanfängerInnen nahezu. Denn nunmehr war etwas möglich, was Arbeiterfamilien auf Grund ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse in der Regel nicht eigen war: langfristige Planung. Wenn Sohn oder Tochter Schüler-BaföG erhielten, war auch damit zu rechnen, dass sie für die Dauer ihres Studiums Studenten-BaföG erhielten, entsprechendes Studententempo vorausgesetzt. Das Studium ließ sich also un-

abhängig vom elterlichen Einkommen planen und realisieren.

Das Schüler-BaföG ermöglichte es Kindern einkommensschwacher Eltern zwischen der Annahme einer gut dotierten Ausbildungsstelle einerseits und dem weiteren Schulbesuch mit anschließendem Studium zu wählen. Denn das Schüler-BaföG entsprach zwar nicht unbedingt der Ausbildungsvergütung in einem attraktiven Beruf, aber es war doch ein Beitrag, der zumindest keine zusätzlichen elterlichen Taschengeldzahlungen mehr notwendig machte.

Beispiel berufliche Weiterbildung

Auch die Förderung beruflicher Weiterbildung Erwerbstätiger ist ein Beispiel, wie Bildungsfinanzierung als soziales Selektionsinstrument funktioniert. Anfang der 80er Jahre galt das deutsche System beruflicher Bildung weltweit als vorbildlich. Und es war eine Selbstverständlichkeit, dass das durchschnittliche Qualifikationsniveau der Bevölkerung von Jahr zu Jahr anstieg. Die Förderung beruflicher Weiterbildung von Beschäftigten war dafür grundlegend. Konnten sich doch so qualifizierte FacharbeiterInnen zu TechnikerInnen und MeisterInnen entwickeln und kaufmännische Angestellte zu FachwirtInnen, um die zahlenmäßig bedeutendsten Fortbildungen zu nennen.

Die christlich-liberale Regierung hat diese Förderung selbst die Vergabe als zinsgünstiges Darlehen, gänzlich eingestellt. Als es dann nach Jahren zur Einführung des Meister-BaföG kam, war nicht nur eine Anbieterlandschaft zerstört worden, sondern, was viel schlimmer war, eine Weiterbildungskultur.

Soziale Selektion kostet viel Geld

Nun könnte man der allgemeinen Auffassung folgen und die Knappheit der öffentlichen Kassen dafür verantwortlich machen, dass eben auf die Kindergartenbeiträge der Eltern nicht verzichtet werden kann, dass Schüler-BaföG sowie die Förderung beruflicher Weiterbildung für Beschäftigte viel Geld kostet – und das gewünschte Geld eben nicht da sei. Doch dieser Gedanke ist nichts weiter als gute, d.h. die Köpfe wirkungsmächtig verblödende Propaganda. Denn dort, wo sich die Schwachstellen unseres Bildungssystems zeigen, werden große Mengen Geld aufgewendet, um den Folgen zu begegnen.

So müssen beispielsweise 25 Prozent aller SchülerInnen bis zum Abschluss der Sekundarstufe I eine Schulklasse wiederholen. Allein diese Regelung kostet jährlich 2 bis 3 Milliarden Euro.

Wenn Eltern das Sitzenbleiben verhindern wollen, müssen sie in Nachhilfeunterricht investieren. Der kostet die Eltern jährlich ebenfalls zwischen 2 bis 3 Milliarden, jedoch nur scheinbar. Denn ein Großteil davon kann als Ausbildungskosten von der Steuer abgesetzt werden. Und je höher der Grenzsteuersatz, also das zu versteuernde Einkommen ist, desto mehr lohnt sich diese Überwälzungskaktion.

Richtig Geld lässt man sich die soziale Selektion da kosten, wo sie auch besonders wirksam ist, nämlich wo die Ausgrenzung richtig gelingt: in der Sonderschule für Lernbehinderte, die man früher Hilfsschule nannte. Ein/e SonderschülerIn kostet das Doppelte bis Dreifache eines/r Gymnasiasten/in.

Aber die Sonderschule für Lernbehinderte ist noch nicht der Gipfel der Ausgrenzung und der damit verbundenen Kosten. Eine ganze Sparte der Jugendhilfe hat sich mittlerweile darauf spezialisiert, junge Menschen, die auch in Sonderschulen nicht mehr gelitten sind – oder diese nicht mehr erleiden wollen – in außerschulischen Einrichtungen zu betreuen und ihnen dabei zuweilen auch zu einem Hauptschulabschluss zu verhelfen. Diese in der Regel mit einer außerschulischen Berufsbildungseinrichtung verbundenen Institute erhalten aus staatlichen Mitteln das bis zu Fünffache dessen, was die öffentliche Hand für eine/n HauptschülerIn ausgibt. Es hat nichts mit einer Abwertung der Arbeit solcher Einrichtungen zu tun – ich selbst sitze einer solchen in Berlin seit rund 20 Jahren vor –, wenn ich feststelle, dass die Chancen für die jungen Menschen aus diesen Einrichtungen im Beschäftigungssystem deutlich schlechter sind als die »normaler« HauptschülerInnen mit einem Schulabschluss.

Doch selbst diese Ausgaben werden noch von denen für »Geschlossene Erziehungsheime« oder gar den voller werdenden Jugendgefängnissen »getoppt«.

Solch großer finanzieller Aufwand wäre nicht nötig, wenn man frühzeitiger versuchte, die Integration aller Kinder zu schaffen, durch eben den gemeinsamen Besuch der Bildungseinrichtung Ganztagskindergarten.

Ein etwas anderer Erklärungsansatz

Es gibt Erklärungsansätze für die beschriebene Entwicklung, die sich von den traditionellen Ansätzen unterscheiden. Dazu ist es hilfreich, die unterschiedlichen Richtungen der Entwicklung des deutschen Bildungswesens in den Nachkriegsjahren zu betrachten.

In den ersten 30 Jahren – von 1945 bis etwa 1975 – ging es darum, für die Einzelnen die Kosten der Bildungsteilnahme zu senken bzw. die Teilnahme überhaupt zu ermöglichen. Hierfür steht die Einführung des Honnefer Modells, des Bundesausbildungsförderungsgesetzes sowie des Arbeitsförderungsgesetzes, aber auch die Abschaffung von Schulgeldern und Studiengebühren sowie die Einführung der Lernmittelfreiheit. Während die zuerst genannten direkten Fördermaßnahmen gezielt den sozial Benachteiligten zugute kamen, profitierten von den zuletzt genannten Maßnahmen eben nicht alle, sondern vor allem besser Verdienende, da in erster Linie sie – wegen der Höhe ihres Einkommens – diese Gebühren zahlen mussten. Denn die Bundesrepublik ist ein sozialer Rechtsstaat und eine Konsequenz dieser grundgesetzlichen Vorgabe war und ist es, dass bei vom Staat erhobenen Gebühren in der Regel soziale Gesichtspunkte eine Rolle spielen müssen, also Einkommens-

schwache weniger zahlen als Einkommensstarke. Wiederholte Versuche, dies zu ändern, sind letztlich vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. So haben dann etwa ein Drittel der GymnasiastInnen und Studierenden kein Schulgeld und keine Studiengebühren zahlen müssen.

Als die öffentlichen Kassen leerer wurden – wir treten nunmehr in die zweite Periode zwischen 1975 und 2005 ein – kehrte man aber nicht etwa zur früheren, sozial gestaffelten Gebührenerhebung zurück, sondern kürzte oder strich die sozialen Transfers für die Einkommensschwachen, während man den Einkommensstarken die Befreiung von der Gebührenerhebung erhielt. Ich behaupte, hinter diesen politischen Entscheidungen stehen Interessen.

Was war geschehen? Seit 1972 stieg die Zahl der Arbeitslosen sehr rasch über die von Helmut Schmidt zur magischen Grenze erhobenen »5 Prozent«. Die Ebbe in den öffentlichen Kassen führte dazu, dass nicht nur ArbeiterInnen in der Privatwirtschaft schwieriger Arbeit fanden, sondern dass auch der öffentliche Dienst, und hier insbesondere die Schulbehörden, drastisch weniger Personen neu einstellte. Über 50 Prozent aller Hochschulamina aber waren 1975 Lehramtsexamina.

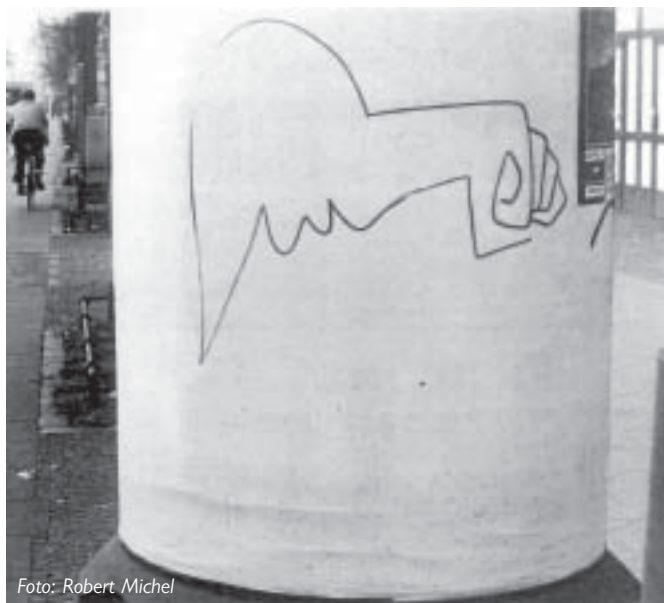


Foto: Robert Michel

Das heißt, die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit erreichte nun auch jene Schichten, die in den vorangegangenen Jahrzehnten sozial aufgestiegen waren, ihren Kindern eine akademische Ausbildung finanzieren konnten und sie damit vor Arbeitslosigkeit sicher glaubten – die bekannten Mechanismen der Besitzstandswahrung setzten ein und funktionieren auch heute noch.

Dies erkennen aber heißt, sich um die politische Zukunft sorgen zu müssen.



von Prof. Dr. Christoph Ehmann

Lehrbeauftragter an der Philipps-Universität Marburg
Generalsekretär der European University Foundation
Campus Europae (Luxemburg)
1994 - 1997 Staatssekretär im Kultusministerium
Mecklenburg-Vorpommern

Presseerklärung des Vorstands
des DGB-Kreisverbands Freising/Erding:

Weg mit dem Büchergeld! Her mit der Lehrmittelfreiheit! Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe!

Die von der CSU im Bayerischen Landtag beschlossene »Eigenbeteiligung an der Lernmittelfreiheit«, bekannt unter dem Kürzel Büchergeld, müsste ehrlicherweise »Abschaffung der Lernmittelfreiheit und Ausbau der Privatisierung von Bildung« heißen.

Sparen müsse man, heißt es, weil der Staat kein Geld mehr habe. Wie könnte es anders sein, wenn den Großverdienern die Steuersätze Schritt für Schritt herabgesetzt werden und die Großkonzerne und -banken Höchstprofite einfahren, ohne Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen.

Es geht hier nicht um Sparen, sondern um Umverteilung von unten nach oben. Und weil man die skandalösen Gewinne der Monopole wie z.B. jene der Öl- und Gasindustrie nicht schmälern will, greift man in die Tasche der kleinen Leute, hier beim Büchergeld in die der Erziehungsberechtigten und der volljährigen Schülerinnen und Schüler.

Und neben der Umverteilung geht es um Privatisierung von Bildung und Ausbildung: (Ansteigende) Gebühren für den Besuch von Kindertagesstätten, Büchergeld, Studiengebühren, die Diskussion um die Beteiligung der Erziehungsberechtigten an den Schulbuskosten sowie der Versuch Ausbildungsvergütungen zusammenzustricken, weisen in diese Richtung. Der DGB-Kreisverband Freising/Erding fordert die Abgeordneten des Bayerischen Landtags auf, den Beschluss über die »Eigenbeteiligung an der Lernmittelfreiheit« zurückzunehmen und die Lernmittelfreiheit in Bayern wieder herzustellen. Die Kinderarmut darf nicht noch mehr zunehmen, die Abhängigkeit der Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler von der sozialen Lage des Elternhauses darf nicht noch mehr zementiert werden. Bildung darf keine Angelegenheit des privaten Geldbeutels, sondern muss eine gesellschaftliche Aufgabe sein.

Insbesondere die Abgeordneten der Volkspartei CSU stehen hier in der Pflicht. Ihre Mitglieder und Wähler sind in der Masse nicht Großaktionäre, sondern viele gehören zu den sozial weniger Betuchten. Der Verlust für die CSU bei den Bundestagswahlen von knapp 10 Prozentpunkten zeigt deutlich, dass sich ein nicht unbedeutender Teil der Bevölkerung in Bayern von ihr nicht mehr vertreten fühlt.

Der DGB-Kreisverband Freising/Erding und seine Mitglieds-gewerkschaften werden sich in der kommenden Zeit bemühen, breite Bündnisse über Parteigrenzen hinweg gegen das Büchergeld, gegen weitere Belastung der Familien und gegen Privatisierung von Bildung zu initiieren, zu unterstützen und zu organisieren: mit Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften und Erzieherinnen und Erziehern und deren Verbänden sowie interessierten Organisationen und Personen.

Einstimmig so beschlossen am 05. Oktober 2005
Ludwig Würfl, stellvertretender Vorsitzender

Bildung als Ware?

Am 6. Dezember 2005 machte die Bayerische Staatsregierung ihren Entwurf für ein neues Bayerisches Hochschulgesetz publik. Für große Überraschungen sorgte der Gesetzesentwurf nicht mehr, waren seine Inhalte doch durch die Diskussion im Vorfeld und die bildungspolitische Großwetterlage mehr oder weniger bekannt. Danach sollen alle gesellschaftlichen und individuellen Beziehungen weltweit ökonomischen, marktwirtschaftlichen Kriterien unterworfen werden. Der soziale Kernbereich »Bildung« macht logischerweise keine Ausnahme.



Im Wesentlichen bedeutet das, dass Bildungs- und Forschungseinrichtungen zu Dienstleistungsunternehmen umdefiniert werden, die für einen Markt produzieren und auf eben diesem konkurrieren. Je nach Kunde/in werden dort diverse Serviceleistungen nachgefragt und entsprechend bezahlt. Unternehmen und Staat benötigen Anwendungswissen (Technologie und TechnikerInnen), Individuen brauchen geldwerte Qualifikation (Humankapital). Mit dieser Ausstattung konkurrieren Institutionen und Individuen ihrerseits auf diversen Märkten. Im Ergebnis soll die schöne, neue Welt stehen, in der für alle je nach ihrer Leistung und bis in alle Ewigkeit bestens gesorgt ist.

Ein solche Ideologie hat nicht nur weitreichende Folgen für die sozialen Beziehungen, sondern auch für die Motivation, die inhaltliche Ausrichtung und die Strukturierung individuellen und gesellschaftlichen Handelns. Ob das noch mit einer humanistisch-aufklärerischen Weltanschauung und einem fortschrittlichen Bildungsbegriff vereinbar ist, darf bezweifelt werden.

Trotz immer wieder auflodernden Protesten scheint jedoch die große Mehrheit der Bevölkerung wie auch die meisten Betroffenen diese als alternativlos dargestellte Politik mitzutragen. Die Gründe dafür mögen vielfältig sein, im Ergebnis steht, dass wesentliche gesellschaftliche Strukturmaßnahmen zugunsten einer exklusiven Minderheit ohne nennenswerten Widerstand umgesetzt werden. Konsequenzen eines solchen Gesellschaftsverständnisses sind u.a. die »Refeudalisierung« der Gesellschaftsverhältnisse, deren zunehmende Instabilität und eine weit verbreitete Pauperisierung (auch als Bildungsarmut).

Dieser Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und Bildungspolitik, zwischen Ökonomisierung und Lernbedingungen wurde im Jahre 2005 auch verstärkt bei Protestaktionen von Studierenden aufgegriffen. Zum Beispiel lud der AStA der Universität München am 15.12. zu einem Runden Tisch gegen die »Ökonomisierung der Bildung« ein.



Fotos: Michael Bayer

Michael Bayer befragte für die DDS die InitiatorInnen Ina Fassbender (stellv. Vorsitzende) und Thomas Honesz (hochschulpolitischer Referent) vom AStA der Uni München:

M.B.: Was war der Anlass für diesen Runden Tisch?

Thomas Honesz: Aktuell die drohende Einführung von Studiengebühren, das bereits eingeführte Büchergeld und allgemein ein starker Trend hin zu einer Privatisierung der Bildung in unserer Gesellschaft.

Ina Fassbender: Die Studiengebührenpläne für Bayern sind mittlerweile fast entschieden. Hinzu kommt noch das Büchergeld, sogar von Schulgeld wurde bereits einmal gesprochen – auch wenn letzteres vorerst wieder revidiert wurde. Dies alles zeigt einen politischen Weg auf, der meiner Meinung nach gefährliche Ausmaße annimmt. Bildung wird zur Ware und der Zugang zur Bildung wird dementsprechend nur noch mit dem passenden Geldbeutel möglich sein.

M.B.: Und welches Ziel habt ihr euch dabei gesteckt?

Thomas Honesz: Wir wollten von dieser Entwicklung betroffene bzw. sie ablehnende Gruppierungen zusammenbringen, um Gemeinsamkeiten zu finden und auf dieser Basis koordiniert dagegen vorzugehen. Erster Schritt ist, im Dialog die Entwicklung überhaupt zu erfassen, weil das die Voraussetzung dafür ist, gegen etwas vorgehen zu können. Bei den ersten Treffen ging es darum festzustellen: Wogegen genau sind wir?, es also zu formulieren.

Ina Fassbender: Sowohl die Gewerkschaften als auch die Landtagsfraktionen von SPD und Grünen sowie die Hochschulgruppen haben im Grundsatz alle ähnliche Ziele. Das Ziel des Runden Tisches ist es, die Gemeinsamkeiten in unseren Zielen herauszuarbeiten und uns gemeinsam gegen die Pläne der Staatsregierung zu wehren.

M.B.: Welchen Vorteil bietet eurer Meinung nach gerade die Form des Runden Tisches für Möglichkeiten politischen Handelns?

Thomas Honesz: Die Idee des Runden Tisches ist es, eine breitere öffentliche Wirkung zu erzielen und dadurch hoffentlich auch eine breite Mobilisierung gegen diesen lang-

samen aber stetigen Vor-
gang zu erreichen.

Ina Fassbender: Das lässt
sich recht einfach beant-
worten: mehr Druck. Wenn
verschiedenste Gruppen
sich zusammenschließen,
haben wir eher eine Chan-
ce, als wenn wir uns allein
gegen die 3/4-Mehrheit im
Landtag stellen.



»Runder Tisch«
im Senatssaal der
Uni München

M.B.: *Wen habt ihr warum eingeladen? Und wer hat dann aktiv
teilgenommen?*

Ina Fassbender: Eingeladen wurden Organisationen, die sich
gegen Studiengebühren aussprechen und bei denen wir uns
vorstellen konnten, dass sie an einem runden Tisch mitar-
beiten. Teilgenommen haben Grüne Jugend, Sprecherrat FH
München, Die Grünen, SPD-Landtagsfraktion, AK Gewerk-
schaften, Fachschaft Politik (Uni München), Hochschulpo-
litisches Referat (AStA Uni München), Vorstand des AStA
Uni München, Verdi, SchülerInnenvertretung (AKB), Fach-
schaftenrat TU München, Fachschaft Sozialwesen FH Mün-
chen, Jusos, GEW, ABS.

M.B.: *Was ist als Ergebnis festzuhalten und wie ist das in Bezug
auf die Arbeit des AStA, die Studierenden und den Widerstand
gegen die Ökonomisierung einzuschätzen?*

Thomas Honesz: Wir waren bei den Treffen sehr erfreut über
die rege Mitarbeit und die Bereitschaft, sobald wie möglich
ein Grundsatzpapier zu erarbeiten und auf Grundlage des-
sen weiter gemeinsam vorzugehen. Für den 17.1. ist auch
eine gemeinsame Pressekonferenz geplant; am 18.1. findet
ein landesweiter Aktionstag an den bayrischen Hochschu-
len statt. Als AStA der Uni-München wollen wir den Run-
den Tisch auf jeden Fall weiterführen. Die große Aufgabe
ist es und wird es sein, zu informieren und dadurch gegen
diesen Ökonomisierungsprozess anzukämpfen. Es ist leider
so, dass der Großteil der Studierenden entweder falsch oder
nicht informiert ist; weder über die aktuellen Prozesse noch

deren Konsequenzen. So-
mit besteht meiner Mei-
nung nach unsere Aufgabe
darin, gemeinsam mit den
anderen Mitgliedern des
Runden Tisches die Men-
schen, also nicht nur die
Studierenden, über diese
Vorgänge aufzuklären und
dagegen zu mobilisieren.

Ina Fassbender: Ein weiteres
Problem ist die Resignation, die nach den ersten großen
Demonstrationen aufgekommen ist: »Gegen die 3/4-Mehr-
heit im Landtag kann man doch eh nichts tun.« Hier müs-
sen wir es schaffen, den Studierenden – ebenso wie auch
allen anderen betroffenen Gruppen – zu vermitteln, dass es
gar nicht mal so hoffnungslos ist, wenn alle, die es stört,
mal den Mund aufmachen! Ein kleines Beispiel am Rande:
der AK Gewerkschaften und der AK Aktionen des AStA
der Uni München haben kurz vor Weihnachten ein Flug-
blatt verteilt, auf dem die Pläne der Staatsregierung mit et-
was undiplomatischeren Worten wiedergegeben wurden, z.B.
»Bildung ist kein Menschenrecht!« Als Verantwortliche die-
ses Flugblatts wurden die Jungen Unternehmer Bayerns er-
funden. Da niemand diese kannte, trauten sich plötzlich Stu-
dierende wie DozentInnen laut schimpfend in den AStA zu
kommen, damit was dagegen getan werde. Es stand ja nicht
CSU drauf!

M.B.: *Wie geht es nun weiter?*

Thomas Honesz: Wir sind gerade dabei ein Grundlagenpa-
pier zu erarbeiten. Danach kommt wohl das Schwierigere,
nämlich ein konkretes, gemeinsames Vorgehen zu verein-
baren und durchzuführen. Dies sollte im Idealfall auf zwei
Ebenen geschehen: Zum einen natürlich mit gemeinsamen
Protesten und Aktionen – Aktionstag am 18.1. – auf den
Straßen, in den Hochschulen und Schulen. Aber vor allen
Dingen über Informationsarbeit. Denn nur wenn die Men-
schen merken, wohin diese Entwicklung geht und wie weit-
reichend sie ist, kann man sie zu Protesten überhaupt mo-
bilisieren und zuletzt dann doch eine Trendwende einleiten.

Der Runde Tisch wurde im AK-Gewerkschaf-
ten der Studierendenvertretung der Uni-Mün-
chen kontrovers diskutiert. Kritisiert wurde vor
allem die Zusammensetzung des Treffens und
die Aktionsform »Runder Tisch«.

Auch wenn einige Landesverbände angespro-
chen wurden, erschien der Runde Tisch doch
sehr München-zentriert. Zudem stellt sich die
Frage, warum Organisationen, die den Bil-
dungs- und Sozialabbau zumindest mitgetra-
gen haben, eingeladen wurden. Einmal ab-
gesehen davon, inwieweit eine Aktionseinheit
mit SPD und Grünen sinnvoll ist, bleibt es frag-
würdig, warum z.B. die Linkspartei, die Ge-
werkschaftsjugend, das Studentenwerk, Attac
oder der Bayerische Jugendring nicht ingela-
den wurden. Nachdem der Kollege von der

LAK nicht kommen konnte, waren letztlich
auch nur 3 Hochschulen und ein Fachbereich
beteiligt, alle aus München.

Doch Einladungspraxis hin oder her, was nüt-
zen Runde Tische?

In der Regel wird dort beklagt, wie schlimm
ein Umstand ist, und das Papier gewordene
Lamento wird sodann in die Welt hinaus po-
sant. Und dann?

Petitionen und Protestschreiben, wie progres-
siv diese auch sein mögen, haben bisher noch
keine Gesetze oder Politik zu Fall gebracht.
Entscheidend ist, ob die konferierenden Lob-
byisten willens und in der Lage sind, genug
Druck gegen die bayerische Staatsregierung
aufzubauen. Eine Chance dazu wäre der lan-
desweite Aktionstag am 18. Januar gewesen,

bisher ist allerdings nur eine Pressekonferenz
für den 17.1. geplant. Richtig ist, dass für eine
Massenmobilisierung der entsprechende In-
formationsstand und das entsprechende Be-
wusstsein vorhanden sein muss. Ob dazu aber
eine Pressekonferenz kurz vor der zweiten Le-
sung im Landtag ausreicht, darf bezweifelt
werden.

Die Sinnhaftigkeit des Ansatzes, inklusive der
Auswahl der Beteiligten, wird sich darin zei-
gen, ob dieser in eine vielfältige, längerfristi-
ge Strategie der Gegenöffentlichkeit, des Em-
powerments und der Gegenmacht eingebun-
den ist. Und zu guter Letzt muss das Unter-
nehmen im Ergebnis an seinen Zielen – Ko-
ordination, Aufklärung, Aktion, Trendwende
– gemessen werden.
Michael Bayer

Streik an der Fachhochschule in Nürnberg

Am 28. November erwartete die Studierenden an der Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule Nürnberg eine Überraschung. Wer sich ab 8:00 Uhr wie üblich in seine Lehrveranstaltung begeben wollte, fand im Erdgeschoss Streikende vor.

Diese hatten sich häuslich mit Sofas und einem Streikcafé eingerichtet. Eintreffende StudentInnen wurden von den Streikenden durch Flugblätter über Inhalte und Beweggründe des Streiks informiert, zum Verweilen im Café eingeladen und



dazu aufgefordert, ihre Lehrveranstaltungen auch zu bestreiten, um gegen die Einführung von Studiengebühren und das

geplante neue Hochschulgesetz zu protestieren. Zu den Auswirkungen des Gesetzes konnten sich die Studierenden auf großen Informationstafeln kundig machen.

Zum Gesetzentwurf einige Beispiele:

Autonomie:

Der Gesetzentwurf räumt den Hochschulen relativ großen Spielraum bei der Selbstorganisation ein.

Die Kritik der bayerischen Studierendenvertretungen – zusammengefasst in einem gemeinsam verabschiedeten Papier (www.lak-bayern.org Stichpunkt Downloads/Publikationen) – richtet sich gegen die zunehmende Übertragung von Kompetenzen auf die Leitungsebene bei gleichzeitiger Rückführung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der anderen Mitgliedergruppen.

Präsident(in):

Entwurf: Die Vorschlagsliste für die Wahl des/der PräsidentIn soll nur von den Vorsitzenden des Senats und Hochschulrats ohne Bindung an die eingereichten Vorschläge erfolgen.

Kritik: Die Wahl für den wichtigsten Posten an einer Hochschule wird leichter manipulierbar.

Entwurf: Der/die PräsidentIn soll DienstvorgesetzteR der Professorinnen und Professoren sein.

Kritik: Das verleiht dem ohnehin mit Machtfülle ausgestatteten Amt ein weiteres Druckmittel gegen den Lehrkör-

per und beeinflusst unter Umständen das Abstimmungsverhalten in Gremien.

StudiendekanIn

Entwurf: Der/die StudiendekanIn soll für die (Qualitäts-) Sicherung der Lehre in den Fakultäten verantwortlich sein. Dazu soll wie bisher das Mittel der Evaluation verwendet werden.

Kritik: Nach wie vor ist die Beteiligung der Studierenden nicht ausreichend. Umfragen statt Mitbestimmung über die Organisation der Lehre schränken die Studierenden ein und machen sie auch künftig zu weitgehend unmündigen EmpfängerInnen wenig beeinflussbarer Lehrleistungen. Die von der Staatsregierung angeführte Möglichkeit, Gefallen oder Missfallen an Lehrveranstaltungen durch Besuch oder Nichtbesuch auszudrücken, ist kaum vorhanden, weil wegen der strukturellen Unterfinanzierung zu wenige Lehrveranstaltungen stattfinden.

Hochschulrat

Der Entwurf überträgt viele wichtige Aufgaben, wie etwa den Beschluss der Grundordnung oder die Gliederung der Hochschule in Fakultäten, einem Hochschulrat mit überwiegend externen Mitgliedern.

Kritik: Dadurch wird den Hochschulen ihre demokratische Selbstbestimmung genommen. Schon durch die radikalen Kürzungen in den Hochschul-etats wurden die Hochschulen seit Jahren in eine Abhängigkeit von der Wirtschaft gedrängt. Dieser Trend würde durch die Einführung eines Hochschulrates neuer Ausprägung noch weiter verstärkt.

Zielvereinbarungen

Nach dem Entwurf werden Zielvereinbarungen künftig eine zentrale Rolle im Verhältnis zwischen Ministerium und Hochschule bzw. zwischen über- und untergeordneten Stellen allgemein spielen.

Kritik: Zielvereinbarungen verschleiern tatsächliche Abhängigkeitsverhältnisse und erzeugen den Anschein eines gleichberechtigten Nebeneinanders. Entwicklungszielen im Hochschulbereich werden Messbarkeit und Überprüfbarkeit unterstellt, die faktisch kaum gegeben sind.

Dieser Gesetzentwurf ist Wegbereiter für die Einführung von Studiengebühren an bayerischen Hochschulen. Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes im Januar 2005 wurde den Ländern dazu Tür und Tor geöffnet.

Die Streikenden der GSO-FH sehen darin einen weiteren Vorstoß der Bundesregierung, sich sozialstaatlicher Verantwortung zu entziehen. Die Selektion welche, wie PISA bewiesen hat, im bayrischen dreigliedrigen Schulsystem stattfindet, wird so an den Hochschulen weitergeführt. Zukünftige Studierende werden demnach aus Familien der Upperclass



stammen. Dementsprechend fordern die Streikenden:

- mehr Demokratie und die Einführung der verfassten Studierendenschaften und sind somit gegen den Entwurf des neuen Bayerischen Hochschulgesetzes;
- freie Bildung und sind somit gegen jede Form von Studiengebühren und auch gegen das Büchergeld und gegen Kindergartengebühren;
- einen sozialen Staat und soziale Gerechtigkeit und sind somit gegen eine Klassengesellschaft und Sozialabbau.

Die mit den Streikforderungen konfrontierten Studierenden waren zunächst etwas überfordert. Aber eine AG Öffentlichkeitsarbeit ermöglichte die Auseinandersetzung mit den Inhalten und erreichte die Mobilisierung in anderen Teilen der FH. Auch Vollversammlungen in allen Fachbereichen trugen zur Informationsverbreitung bei. Zweimal täglich boten Plena Raum für Auseinandersetzung und natürlich den Austausch aktueller Geschehnisse wie Solidaritätserklärungen z.B. von der GEW oder von Landtagsabgeordneten (SPD). Der Kreisverband der GEW Nürnberg hat die Streikenden auch mit Material unterstützt.

Die AG Öffentlichkeitsarbeit bereitete Aushänge zu Workshops z.B. »Neues Bayerisches Hochschulgesetz« vor, welche anstelle der Lehrveranstaltungen von Studierenden für Studierende angeboten wurden. Auch ProfessorInnen solidarisierten sich mit den Streikenden und boten ihrerseits Workshops z.B. zum Thema »Politische Bildung« an.

Weitere AGs bestanden bereits zu Beginn des Streiks z.B. die AG Presse, die Soli-Erklärungen entgegennahm und die Homepage der Streikenden betreute (<http://www.streiknbg.blogspot.com/>). Aber auch während des Streiks entstanden neue Arbeitsgruppen, wie z.B. die AG Volksentscheid. Alle AGs wuchsen im Laufe des Streiks an.

Schwierig war die Auseinandersetzung mit der Hochschulleitung, die sich anfangs auf keine inhaltliche Diskussion einließ, sondern die Beendigung des Streiks forderte. Nach einem Gespräch mit einer vom Plenum entsandten Delegation konnte aber der Streik weitergeführt werden. Das Plenum als demokratisches Entscheidungsorgan entschied, den Streik bis zum 5.12. fortzusetzen, an welchem die Präsidenten- und Rektorenkonferenz der bayerischen Fachhochschulen tagte. Auch Wissenschaftsminister Thomas Goppel kam. Während er im A-Gebäude am Keßlerplatz der GSO-FH verweilte, wurde eine von den Streikenden kurzfristig angesetzte Spontandemo dorthin im zweiten Stock des A-Gebäudes von der Polizei festgehalten.

Nachdem Herr Goppel die FH fluchtartig über einen Seitenausgang verlassen hatte, forderte die Hochschulleitung das sofortige Ende des Polizeieinsatzes. Die Streikenden suchten dann das Gespräch mit der Präsidenten- und Rektorenkonferenz. Diese war auch kurz dazu bereit.

Am 6.12. beschloss das Plenum der Streikenden wegen anstehender Prüfungen eine Streikpause. Die Forderungen aber bestehen weiterhin und auch die AGs führen ihre Arbeit während der Pause fort, damit der Streik mit Elan fortgesetzt werden kann.

Zu gleicher Zeit fanden in der ganzen BRD Protestaktionen statt, überwiegend gegen Studiengebühren. Die FU Berlin, mit welcher sich die Streikenden der GSO-FH vernetzt hatten, trat kurze Zeit später auch in Streik. Auch in Bamberg, Würzburg und Augsburg gab es Demonstrationen von Studierenden (siehe <http://www.abs-bayern.de/>).

Der Widerstand der Studierenden in Bayern hat gerade erst begonnen! Denn: Bildungsklau im ganzen Land – unsere Antwort: Widerstand!
von Kiki und Manu

Neue GEW-Hochschulgruppe in Coburg

Die GEW ist jetzt an der Fachhochschule Coburg mit einer eigenen Hochschulgruppe vertreten. Die neun Gründungsmitglieder hatten bereits im Sommersemester 2005 als lockere Initiative »Coburger Studentinnen und Studenten gegen Studiengebühren« Protestaktionen zu diesem Thema organisiert. So stellten verschiedene StudentInnen zum Beispiel in der Fußgängerzone Minijobs dar, die den künftigen Studienalltag bei Einführung einer Studiengebühr prägen könnten. Podiumsdiskussionen fanden statt, und an Demonstrationen in Erlangen und Eichstätt wurde teilgenommen. Tatkräftige Unterstützung gab es vom Coburger GEW-Kreisverband. Zu Beginn des Wintersemesters 2005/06 haben sich die Mitglieder der Initiative der GEW angeschlossen und bilden nun den Kern einer GEW-Hochschulgruppe, die weitere Mitglieder gerne willkommen heißt. Neben allgemeinen bildungspolitischen Themen will sich die neue GEW-Hochschulgruppe auch mit der Studiensituation vor Ort kritisch auseinandersetzen. So bedauerten die neuen GEW-Mitglieder in einem Pressegespräch das ungünstige Verhältnis zwischen ProfessorInnen und DozentInnen einerseits sowie Studierenden andererseits im Fachbereich Sozialwesen. Auf einen Dozenten/eine Dozentin kämen derzeit 48 Studierende. An der Otto-Friedrich-Universität in



Das Bild zeigt von links in der unteren Reihe Eva Steuerer, die Coburger GEW-Kreisvorsitzende Karin Seifert-Lobedank, Andreas Oppel. Mittlere Reihe: Gordon Hertel, Jan Frank und Barbara Paech. Obere Reihe: Claudia Sowein, Bärbel Blechschmidt und Carsten Schuderer. Foto: Martin Koch

Bamberg, an welcher der Studiengang »Soziale Arbeit« derzeit auslaufe, müsse ein Dozent/eine Dozentin derzeit rein rechnerisch nur 26 Studierende betreuen. Für den neuen Studiengang »integrierende Gesundheitsförderung« sei lediglich ein hauptamtlicher Professor nach Coburg berufen worden. Ein großer Teil der Lehrveranstaltungen im Fachbereich werde von immer mehr nebenberuflichen Lehrbeauftragten durchgeführt.

von Martin Koch

Kontakte zur neuen GEW-Hochschulgruppe kann man per E-Mail unter der Adresse gew-hochschulgruppe@gmx.de aufnehmen. Per Post funktioniert das am besten unter der folgenden Adresse: Student/inn/envertretung, Fachhochschule Coburg, GEW-Hochschulgruppe, Friedrich-Streib-Straße, 96450 Coburg.

Bundesregierung: Kindergeld nur noch bis 25

Was die Bundesregierung unter der Überschrift »Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen« streicht, sind mehrheitlich Maßnahmen zu Lasten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – so wurde die Steuerfreiheit von Abfindungen und Übergangsgeld gestrichen, es soll die Entfernungspauschale für Fahrten zur Arbeitsstätte erst ab dem 21. Kilometer geben und Arbeitszimmer sollen nicht mehr absetzbar sein.

Eine weitere geplante Maßnahme bringt für den Finanzminister nicht sehr viel, da sie nur eine zahlenmäßig kleine Gruppe trifft, diese aber dafür um so heftiger:

Die neue Bundesregierung plant, das Höchstalter, bis zu dem Kindergeld und Kinderfreibetrag gewährt werden, vom vollendeten 27. auf das vollendete 25. Lebensjahr abzusenken.

Wen trifft die Absenkung?

Es betrifft im Wesentlichen Eltern studierender Kinder und damit indirekt die Studierenden selbst, die in Deutschland nach wie vor mehrheitlich auf finanzielle Unterstützung aus dem Elternhaus angewiesen sind.

Die GEW hat immer eine vom Elternhaus unabhängige Bildungsfinanzierung gefordert. So lange die Gesellschaft allerdings die Finanzierung der Ausbildung weiterhin überwiegend den Eltern aufbürdet, darf sie diese finanziell nicht ganz im Regen stehen lassen. Genau dies passiert aber, wenn Eltern studierender Kinder ab dem vollendeten 25. Lebensjahr der Kinder keinen Anspruch mehr auf Kindergeld und Kinderfreibetrag haben. Den Wegfall von 154 Euro im Monat, ab dem dritten Kind 179 Euro, spüren die meisten Familien in ihrer Haushaltskasse.

Viele Ausbildungsgänge können nur schwer bis zum 25. Lebensjahr abgeschlossen werden. Das gilt nicht nur für lang dauernde Studienfächer. Es gilt auch für Menschen mit weniger gradlinigen Bildungsverläufen – Menschen, die erst eine Berufsausbildung absolviert oder ein längeres Auslandspraktikum gemacht haben, aus dem zweiten Bildungsweg kommen oder einfach nur einige Semester Wartezeit für den gewünschten Studienplatz überbrücken mussten.

Viele andere Leistungen hängen am Kindergeldanspruch!

Die meisten Leistungen, die für Kinder und Jugendliche gewährt werden, knüpfen formalrechtlich an den Kindergeldanspruch an. All diese Leistungen fallen mit dem Ende der Kindergeldberechtigung weg:

- der Anspruch auf Waisenrente und Halbweisenrente sowohl in der gesetzlichen Rentenversicherung, der Beamtenversorgung und anderen Versorgungssystemen (z.B. Betriebsrenten),

- der Anspruch auf Steuerklasse II bei allein Erziehenden,
- der Anspruch auf Kinderzulagen im Besoldungsrecht und im Tarifrecht des öffentlichen Dienstes.
- Der Anspruch auf Beihilfe bei BeamtInnen fällt für die Kinder ganz weg, für weitere Familienmitglieder kann er sich vermindern. Da die betroffenen Studierenden sich im Vertrauen auf ihre Beihilfeberechtigung i.d.R. von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung haben befreien lassen, müssen sie jetzt den vollen Beitrag zur privaten Krankenversicherung bezahlen.

Wann trifft es sie?

Die vom Wegfall des Kindergelds betroffenen Studentinnen und Studenten befinden sich im Alter von 25 Jahren in der Regel in der Schlussphase ihres Studiums, in der auch »Dazuverdienen« immer schwieriger wird. Diese Belastung tritt zu der Belastung durch die drohende Einführung von Studiengebühren in vielen Bundesländern hinzu. Auch der Wegfall des Kindergelds reiht sich ein in eine Serie von Maßnahmen, die dazu beitragen, Kindern aus sozial schwächeren Familien die Aufnahme eines Studiums – oder den erfolgreichen Abschluss – zu erschweren. Das erhöht entgegen allen Sonntagsreden die soziale Selektivität des deutschen Bildungssystems.

Was tut die GEW?

Die GEW hat bereits im November Briefe an Mitglieder der Bundestagsfraktionen sowie an Bundesinnenminister Schäuble geschrieben und auf das Problem hingewiesen. Daneben haben wir uns an die Presse gewandt. Aber 25-jährige Studierende eignen sich für die Presse nicht als Sympathieträger, sondern werden eher als »Langzeitstudenten« diffamiert, so dass das Thema nicht aufgegriffen wurde. Da die einschlägige Gesetzesbestimmung im Einkommensteuergesetz steht und deshalb die Zustimmung auch des Bundesrates erforderlich ist, werden wir weiterhin in Bund und Ländern dafür eintreten, das Höchstalter für den Kindergeldbezug nicht abzusenken.

Was können Betroffene tun?

Möglichst viele betroffene Studierende und Eltern sollten Briefe an ihre Bundestagsabgeordneten und Landesregierungen schreiben. Zeigt auf, in welche finanziellen Schwierigkeiten ihr durch die Entscheidung kommen würdet, und dass das nicht daran liegt, dass eure Kinder »BummelstudentInnen« sind. Schließlich braucht die Gesetzesänderung in Bundestag und Bundesrat eine Mehrheit.

Schickt eine Kopie des Schreibens an den GEW-Hauptvorstand, z.Hd. Gabi Herzog, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt/Main.

Zur Geschichte eines Hauses ...

... und was wir daraus für heute lernen können



Tausende von Volksschullehrerinnen und -lehrern haben ihre Ausbildung an der Lehrerbildungsanstalt Pasing (später: PH Pasing) absolviert. Die fast 100-jährige Geschichte dieser Institution hat Kollege Klaus Weber mit StudentInnen der FH München dokumentiert. Anlässlich der Ausstellungseröffnung im November 2005 zur »Geschichte des Hauses« in Pasing hielt er folgenden Vortrag (gekürzt):

Was wir hier und heute sehen?

»Das Erstaunliche an dieser Ausstellung ist, dass sie zustande kam. Ursprünglich wollte ich hier über die Schwierigkeiten, Konflikte und Enttäuschungen sprechen, welche mit dieser Ausstellung und der damit zusammenhängenden Broschüre verbunden waren. Angesichts dessen, was Sie hier sehen können, fand ich das nicht mehr nötig. Der Inhalt und die Erscheinungsform der Plakate widersprechen sich enorm: In den *Inhalt* gingen hunderte von studentischen Arbeitsstunden ein, die weit über das hinausreichen, was normalerweise in Semesterstunden zu leisten ist. Die Studentinnen (Männer sind von der Zahl her so wenig daran beteiligt, dass sie sprachlich vernachlässigt werden können) lasen lokalgeschichtliche Bücher und Broschüren, saßen sich ihre Hintern in städtischen, staatlichen und anderen Archiven platt, telefonierten mit HistorikerInnen, ZeitzeugInnen, Pfarrern, Veteranenvereinsvorsitzenden und vielen anderen Menschen. Sie erstellten Texte zu den einzelnen Themenbereichen, recherchierten im Internet, in Bibliotheken und in den Kellern sowie Dachkammern ihrer Großeltern; sie fanden plötzlich Omas und Opas, die hier im Haus studiert oder gelehrt hatten, sie entdeckten bisher unbekannte Fotografien und Bilder des Hauses und vieles mehr, und vieles mehr ...

Diese inhaltliche Arbeit und ihr Ergebnis werden kontrastiert von den enormen formalen Mängeln, die wir erst dann finden, wenn wir genauer hinsehen. Da dieses Haus eine öffentliche Anstalt darstellt, in der Sie und ich etwas lernen wollen und können, halte ich also als erste Erkenntnis fest: In der Sache selbst – hier also, in unserer Ausstellung – zeigen sich die Widersprüche des realen gesellschaft-

lichen Lebens. Also: Der Widerspruch zwischen der öffentlichen finanziellen, materiellen und personellen Ausstattung dieses Fachbereichs (und unserer FH) und der enormen Kraft, Lust und Leistungsfähigkeit von StudentInnen und ProfessorInnen, wenn sie gemeinsam etwas erforschen, was mit ihrem Leben und ihrer Arbeit einen Zusammenhang hat und deren Ergebnis hier zu sehen ist.

Was wir hier lernen?

Wenn Ausstellungen und Bücher zu historischen Themen – vor allem wenn sie direkt oder indirekt mit dem deutschen Faschismus zu tun haben – vorgestellt werden, so ist dabei der Satz »Aus der Geschichte lernen wir ...« in vielerlei Variationen zu hören. Dieser Satz basiert auf Ciceros (106-43 v. u. Z.) »*historia magistra vitae*«, also seinem Glauben daran, dass die Geschichte die Lehrmeisterin des Lebens sei. Im Gegensatz zu diesem schönen, aber ziemlich unpraktischen Satz Ciceros möchte ich Ihnen etwas vorlesen von einem, der Geschichte »am eigenen Leib«, von ihrer unangenehmen Seite her, erlebt hat. Der evangelische Pfarrer Hellmut Traub, der zwischen 1904 und 1994 lebte, war mehrfach in KZs eingesperrt – 1936 auch für einige Monate in Dachau –, weil er Pässe, Lebensmittelmarken und Visa für Juden fälschte. Von pädagogisierendem Umgang mit der Geschichte und moralisch aufgeladenen Formen des Erinnerns hielt Traub wenig. Deshalb entspann sich 1985 zwischen ihm und dem Publikum folgender Dialog in der Versöhnungskirche, die auf dem KZ-Gelände in Dachau steht:

»**Traub:** Was Ihnen vielleicht unverständlich ist: Man kann die Geschichte nicht aufarbeiten. Was heute so Mode ist bei euch Jungen: die Geschichte aufarbeiten – das ist

doch Blech. Die Geschichte kann man nicht aufarbeiten. Die Geschichte sitzt *in* uns, wir sind selber ein Produkt der Geschichte.

Frage aus dem Publikum: Aber was sind die Lehren aus der Geschichte?

Traub: Lehren? Entschuldigen Sie, wenn Sie Geschichte ein bisschen lernen, dann lernen Sie hoffentlich das eine: dass man aus der Geschichte nichts lernen kann. Nichts! Und wer meint, man könnte da was ranziehen, der irrt sich total. Der macht nämlich einen absoluten Schnitzer: Der legt vor sein Auge ein Raster von dem, was er meint, was er erkannt hat, und sieht nicht mehr, wo heute geschrieben wird und was heute zu hören ist. *Heute* hab ich die Ohren aufzumachen, heute muss ich leben! Heute muss ich entscheiden – nicht danach, wie es 33 war.

Frage: Aber kann ich das mit Hilfe der Geschichte nicht besser?

Traub: Ja, das weiß ich auch nicht so ganz genau. Sehen Sie mal, ich unterrichte seit dreißig Jahren Kirchengeschichte, als Wissenschaftler gewissermaßen [...] Ich glaube, das Einzige, was einem die Geschichte beibringen kann, ist, dass man so wach wird, wie man kann. [...] Die Geschichte – gibt's die überhaupt? Das ist doch das, was auf uns zukommt, was zufällig von dem und jenem gesehen wird. Irgendeiner ist plötzlich hochgespült worden ... Oft erst nachträglich – nachträglich! – merken wir: Die Geschichte gibt es gar nicht; das ist ein Irrtum. Wir sind seit zweihundert Jahren alle krank daran, dass wir meinen, es gäbe *die* Geschichte. Es gibt aber das, was wir und die Menschen neben uns getan haben, und es gibt jetzt den Augenblick, einen neuen Augenblick. [...] Und da wiederholt sich auch nichts! [...] Die gefährlichsten Sachen kommen in den schönsten Gestalten auf uns zu. Das isse ja gewesen! Die herrlichen Gestalten, die verführerisch schön sind. *Da* muss man die Witterung haben, die Nase aufmachen: Das stinkt ja da drin! Die herrlichen Worte, die auf einen einströmen – da ist der Teufel drin, der macht die schönsten Sachen. Deshalb muss man so wach werden« (zit. n. Paul Petzel & Norbert Reck [2003]. *Erinnern. Erkundungen zu einer theologischen Basiskategorie*).

Heute müssen wir leben, heute müssen wir zuhören können, sehen können und heute müssen wir wach werden. Und wenn heute, wie damals, die gefährlichsten Sachen in den schönsten Gestalten auf uns zukommen, dann sollen wir – wenn wir schon glauben, aus der Geschichte lernen zu können – lernen, diese »schönen« Gestalten zu erkennen. Wenn Hellmut Traub recht hat mit seiner Warnung, dann ist unsere Ausstellung ziemlich ungefährlich: Sie kommt auf Sie in einer ziemlich hässlichen Gestalt zu und reklamiert nicht, dass sie schön sei.

Als Wissenschaftler, der das Feld der Sozialen Arbeit beackert und dort versucht, Erscheinungsformen und ihr Wesen kritisch zu hinterfragen – was ja nichts anderes heißt, als das Schöne auf seine Gefahren hin zu überprüfen – sehe ich in der Bildungspolitik ebenso wie in der Sozialpolitik genügend »Teufel«, die aufgeputzt wie Michelangelos David daherkommen: Seit Jahren höre ich, dass mehr Geld in das Bildungs- und Hochschulsystem fließt – seit Jahren erlebe ich, dass dort, wo ich arbeite, an Material und Personal auf eine »teuflische« Art eingespart wird. Die Menschen, die durch ein Gesetz, das den Namen eines inzwischen wegen seiner korrupten Machenschaften bei VW hinausgeworfenen Personalchefs tragen, die Hartz IV- und 1-Euro-Job-Menschen, werden in einer Hochglanzbroschüre des Arbeitsministers als »Parasiten« bezeichnet, weil sie ihre Rechte, so viel Sozialstaatsgelder wie möglich zu ergattern, offensiv in Anspruch nehmen. Im Jahr 2004 haben alle DAX-notierten Unternehmen einen Reingewinn von zusammen 60 Milliarden Euro erwirtschaftet, der alleine AktionärInnen zugutekommt – im Jahr 2005 sprechen diese Unternehmen davon, dass sie insgesamt mehr als 50.000 Menschen entlassen wollen, um weitere und höhere Gewinne für die AktionärInnen zu gewährleisten. Gleichzeitig feilschen Jugendämter im Rahmen der staatlich garantierten Kinder- und Jugendhilfe um jeden Cent, wenn es um die Hilfenmaßnahmen für gedemütigte, geschlagene und missbrauchte Kinder und Jugendliche geht.

Der Beispiele, wie die KlientInnenzahl Sozialer Arbeit täglich erhöht wird, während die Gelder für Integration, Resozialisierung und Hilfe, die diesen Menschen möglich gemacht werden sollte, gekürzt werden, gibt es unzählige. Aus der Geschichte ist nicht zu lernen, wie ich mich, wie Sie sich, wie wir uns in einer solchen gesellschaftlichen Situation verhalten können, sollen oder müssen. Zumindest aber sollten wir – mit Hellmut Traubs Satz – nicht vergessen, dass wir uns täglich entscheiden und oft auch entscheiden müssen: Für oder gegen eine Sache. So ist es besser, wenn wir die Sache vor der Entscheidung von allen Seiten betrachten, befühlen, bedenken, mit anderen besprechen und die Entscheidung erst dann treffen.

Die **Broschüre zur Lehrerbildungsanstalt** ist gegen Einsendung von 5 Euro erhältlich bei: FH München, Prof. Dr. Klaus Weber, FB 11, Am Stadtpark 20, 81243 München

von Prof. Dr. Klaus Weber

Prof. f. Psychologie an der FH München,
Gastprofessor an der Universität Innsbruck,
Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung,
Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des DGB
Bildungswerk Bayern e.V.



Die Arbeitsbedingungen im Betrieb mitgestalten

Alle vier Jahre werden neue Betriebsräte (BR) gewählt. Dies gilt für alle betriebsratsfähigen Einrichtungen, bei denen die letzten Wahlen turnusgemäß stattfanden, aber auch für Einrichtungen, die zwischendurch gewählt haben und bei denen die Amtszeit des BR aufgrund der Dauer eine Neuwahl erforderlich macht. Betriebe, die noch keinen BR haben, können jederzeit einen wählen. Betriebe, bei denen die Zahl der BR-Mitglieder unter die vorgeschriebene Zahl gesunken ist oder bei denen sich die Zahl der Beschäftigten vergrößert oder verringert hat, müssen ebenfalls neu wählen, wenn das auf die Größe des Betriebsrats Einfluss hat.

Seit 2001 gelten Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes, die Wahlen in Kleinbetrieben erleichtern und unbürokratischer machen sollen. Die GEW und andere Veranstalter bieten Wahlvorstands- und BR-Schulungen an.

Leider wird in vielen Einrichtungen erst dann ein Betriebsrat gewählt, wenn massive Probleme auftreten. Dann soll ein neu gewählter und in der Arbeit unerfahrener BR Probleme lösen, die nur ausbebuftete Profis bewältigen könnten. Dass das nicht funktioniert, liegt wohl auf der Hand. Deshalb ist es für uns als Beschäftigte sehr wichtig, einen BR zu haben, *bevor* die Probleme auftreten, gerade im sozialpädagogischen und Weiterbildungsbereich, wo viele betriebliche Missstände politische Ursachen haben.

Anwalt der Beschäftigten

Der BR prüft bei jeder Einstellung, ob die vorgesehene Eingruppierung dem gültigen Tarifvertrag entspricht und kann widersprechen, wenn das nicht der Fall ist. Er überwacht die Einhaltung der Gesetze, Tarifverträge, Verordnungen, Unfallverhütungsvorschriften und dass alle entsprechend dem Grundgesetz gleich behandelt werden. Auch bei Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit, sowie der Verteilung auf die Wochentage, bei Urlaubsdauer und zeitlicher Lage bestimmt er mit. Überstundengenehmigung und Urlaubsplanung sind ebenso Sache des BR. Vor jeder Einstellung, Versetzung, Umgruppierung und Kündigung muss der BR angehört werden, weil sonst alles anfechtbar ist. Betriebsvereinbarungen im Interesse der Beschäftigten kann nur ein BR kollektiv abschließen. Außerdem prüft er Beschwerden Beschäftigter und muss Abhilfe schaffen, wenn er sie für berechtigt hält. Nur wenn es der BR verlangt, muss der Arbeitgeber neu zu besetzende Stellen innerbetrieblich ausschreiben, er kann eine Einstellung verhindern, wenn der Arbeitgeber dagegen verstößt. Für uns als Beschäftigte ist besonders wichtig, dass wir zu »Vorladungen« beim Chef nicht allein gehen müssen, sondern ein BR-Mitglied unserer Wahl mitnehmen können. Ohne BR könnten wir zur Not eine/n AnwaltIn oder eine/n GewerkschaftsvertreterIn mitnehmen, um nicht völlig allein zu sein.

Die Grenzen der Möglichkeiten des BR sind allerdings durch die politischen Rahmenbedingungen wie Pflegesatzdeckelung, Budgetierung und Sozialabbau gegeben. Deren Auswirkungen können auf betrieblicher Ebene höchstens gelindert, aber nicht beseitigt werden, da unsere Einrichtungen zum Großteil drittmittelfinanziert sind.

Warum kandidieren?

Oft ist es schwierig, BewerberInnen für dieses Amt zu finden. Aber die Haltung, einen BR zu schätzen, sich aber nicht dafür zu bewerben, fördert nicht gerade die Demokratisierung unserer Einrichtungen. Jeder BR hat einmal bei Null angefangen und sich seine Kompetenzen in den täglichen Auseinandersetzungen mit gewerkschaftlicher Beratung und Unterstützung aneignen müssen. Auch vernachlässigt man durch die BR-Arbeit seine Klientel nicht, weil ein demokratischer Betrieb mit wachem und aktivem Betriebsrat besseres Arbeitsklima und höhere Arbeitszufriedenheit mit sich bringt. Zudem finden sowohl Betriebsratsarbeit, als auch -schulungen, auf die BR-Mitglieder Anspruch haben, in der Arbeitszeit statt oder werden wie Mehrarbeit und Überstunden ausgeglichen.

BR-Mitglieder haben einen gesetzlich verankerten Kündigungsschutz, um die Interessen der Beschäftigten ohne Angst vor Repressalien wirkungsvoll vertreten zu können.

Es ist gesetzlich festgelegt, dass die Betriebsratsarbeit Vorrang vor den arbeitsvertraglichen Pflichten hat, somit kann niemand vorschieben, nicht genügend Zeit für effektive und zeitaufwändige BR-Arbeit zu haben.

Dass es auch Freude macht, durch Schulungen und gewerkschaftliche Beratung arbeitsrechtliche Kompetenz und Wissen zu erlangen, dumme Arbeitgebersprüche und Argumente wirkungsvoll entkräften zu können und im Betrieb einiges positiv zu verändern, ist auch ein Argument dafür, bei den Betriebsratswahlen zu kandidieren.

Wer also in Zukunft seine Arbeitsbedingungen mehr als bisher mitgestalten will, ist aufgerufen, mit Hilfe der GEW einen Betriebsrat zu gründen.

von Wolfgang Nördlinger

Vorsitzender Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe



Hilfe und Beratung gibt es in der GEW bei:

Hans Schuster, Rechtsstelle GEW Bayern, Mo + Do 13.00 - 16.00 Uhr,

☎ 0 89/54 37 99 59, Fax 0 89/5 38 94 87, HS@bayern.gew.de

Joachim Peter Graf, Geschäftsführer GEW München

☎ 0 89/53 73 89, Fax 0 89/54 37 99 59, gew-sv-muenchen@link-m.de

Peter Weiß, Büro für Weiterbildung der GEW Bayern

☎ 01 60/96 84 47 63, gew.peter.weiss@freenet.de

Günther Schedel-Gschwendtner, Sozialpädagogisches Büro der GEW Bayern

☎ 09 11/28 92 04, Fax 09 11/28 92 06, gew_sozpaed@t-online.de

Wolfgang Nördlinger, Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe der GEW

☎ 08 41/7 42 13, Fax 08 41/98 08 59, WolfgangNoerdlinger@t-online.de

Marian Janka, ☎ 01 63/25 32 01 84

Jedes Auseinandergehen«, schreibt Alfred Polgar in einer heiter-melancholischen Betrachtung, »erscheint als ein Abenteuer, unwittert von der Unsicherheit, ob es gleichgültig oder erschütternd verlaufen werde, und jedes Beisammensein hat den Keim zu einem betonten, schattentiefen Vorfall in sich, denn es könnte ja das letzte sein.« Ich muss zugeben, dass ich unsere Redaktionssitzungen noch nie in diesem Lichte gesehen hatte, weder das »Beisammensein« noch das »Auseinandergehen«.

Und bei den anderen in unserer Runde ist es vermutlich genau so, was allerdings nicht heißt, wir würden bei unseren Zusammenkünften die Dinge nur oberflächlich betrachten. Das zeigen allein schon die Schwerpunktthemen unserer Hefte. Doch Heftkritik und Heftplanung sowie technische und handwerkliche Fragen dominieren unsere Sitzungen – ein Ablauf, der sich mit jeder Wiederholung mehr und mehr verfestigt hat, bis er uns zur lieben Gewohnheit geworden ist. Eine ganz normale Arbeit eben, ein »Beisammensein«, das uns von Mal zu Mal miteinander vertrauter gemacht und zwischen uns allen unsichtbare Fäden gesponnen hat.

So wie das »Beisammensein« hat im Lauf der Zeit auch das »Auseinandergehen« etwas Normales, Alltägliches, Selbstverständliches bekommen. Wir trennen uns voneinander in der sicheren Erwartung, die vertrauten Gesichter ja spätestens in wenigen Wochen wiederzusehen. Ein richtiger Abschied ist das eigentlich nicht, mehr eine routinierte Trennung, die, um bei Alfred Polgar zu bleiben, den Keim des »Beisammenseins« in sich hat. Deshalb tut er auch nicht richtig weh, wie es bei Abschieden häufig der Fall ist.

Doch kein Auseinandergehen ist wie das andere. Inge hatte uns gewarnt. Und in der letzten Redaktionssitzung vor Weihnachten war es dann gewiss. Inge möchte sich neu orientieren, wie sie sagt, und scheidet deshalb aus der Redaktion aus, wird also das nächste Mal nicht mehr dabei sein. Ein vertrautes Gesicht wird uns fehlen. Das ist noch kaum vorstellbar, denn Inge gehörte von Anfang an zu dem neuen Redaktionsteam, das, von Karin Just geleitet, im Sommer 2002 die Arbeit an, mit und für die DDS aufnahm. So wuchsen Vertrautheit und die unsichtbaren Fäden.

Wir wurden vertraut mit der Art ihrer Heftkritik, bei der sie sich eher zurückhielt, aber immer deutlich äußerte, so dass wir viele kleine und manchmal

auch größere Mängel beheben konnten. Sie, die Lehrerin für Deutsch als Fremdsprache, kannte die Probleme der Honorarlehrkräfte sehr genau, und durch ihren engen Kontakt zu der »Aktion Butterbrot« war sie über die Lebens- und Arbeitsverhältnisse prekär beschäftigter Kolleginnen und Kollegen bestens informiert. Immer mitten im Geschehen schärfte sie unseren Blick für die Verhältnisse, in denen die Menschen, die in der Weiterbildung tätig sind, nur allzu leicht und schnell an den Rand gedrängt werden können. Und dahinter spürten wir immer die grundsätzliche Bereitschaft, ein Wort für andere einzulegen. Danke, Inge, Danke!

Es war vielleicht kein bloßer Zufall, dass ich während der Heimfahrt mit dem Zug, in Alfred Polgars »Fensterplatz« blätternd, auf jenen Text über das Abschied Nehmen stieß. Eigentlich dürfte es mir schon längst nichts mehr ausmachen, das »Auseinandergehen« –

bei den vielen Abschieden, die hinter mir liegen. Doch eine Art seelische Hornhaut hat sich bei mir deswegen noch nicht gebil-

det. Woran das liegen könnte? Ich las: »Wegen des fortwährenden Abschied-Zwangs, der ihres Wesens Wesen ist, dünkt uns auch die Zeit etwas viel Unheimlicheres als der Raum, dessen Teile relativ gut und sicher beisammen bleiben, indes die Sekunden immerzu auf Nimmerwieder-schaun voneinander gehen.«

Polgar half mir auf die Sprünge. Beim Abschied nehmen erleben wir in unterschiedlichen Bewusstseitsgraden das Vergehen der Zeit, so sehr wir uns auch bemühen mögen, den Augenblick festzuhalten. Im Augenblick des Abschieds spüren wir das Wesen der Zeit: dass »das Heute morgen Gestern« ist. Mein kostbarer Zeitgewinn unterliegt genau diesem ehernen Gesetz, daran mahnt mich jedes »Auseinandergehen«. Andererseits gilt aber auch, dass der »stets sich erneuernde Kummer des Abschiednehmens« aufgewogen wird durch die sich immer wieder einstellende Freude auf ein Wiedersehen im Diesseits. Bis auf den letzten Abschied eben. Fast banal. Doch das ist das Leben.

Zum Lesen und Nachdenken:
Alfred Polgar, Fensterplatz, Eine Sammlung betrachtender Prosa,
Rowohlt Verlag

von Hannes Henjes

Mitglied der DDS-Redaktion
Gymnasiallehrer im »Unruhestand«
e-mail: h.henjes@web.de



Generationswechsel an der Spitze der GEW Unterfranken



von links: Monika Hartl, Albrecht Sylla, Marianne Demmer
Foto: Erhard Hagebeucker

Der Bezirksverband Unterfranken der GEW hat ein neues Gesicht: Monika Hartl, 34-jährige Sonderschullehrerin aus Aschaffenburg, löste Albrecht Sylla ab. Nach 18 Jahren als GEW-Bezirksvorsitzender und 35 Jahren in Führungsgremien war dieser nicht mehr angetreten.

Monika Hartl dankte Albrecht Sylla und formulierte als ihr wichtigstes Anliegen, alle Bildungsberufe zu integrieren: »Bildung findet in Kindergärten, Schulen, Universitäten und Weiterbildung statt. Wir lassen uns nicht auseinander dividieren. Unser Auftrag ist die gewerkschaftliche Vertretung aller Bildungsbeschäftigten.« Am Herzen liegt ihr auch die schwierige Lage von Lehrkräften in der Aus-

Uwe Steinwachs, Aschaffenburg, Schatzmeisterin Birgit Gräf, Rechtsschutzbeauftragter Albrecht Sylla, Aschaffenburg, sowie die Fachgruppenleiterinnen und -leiter.

Die stellvertretende Bundesvorsitzende der GEW, Marianne Demmer, stellte in ihrem Gastvortrag »Bildung ist Menschenrecht« dar, dass besonders in Bayern die Bildungsgerechtigkeit am größten ist: »Unser Schulsystem benachteiligt die sowieso schon Benachteiligten in doppelter Hinsicht. Denn Kinder aus Migrationsfamilien und aus armen Familien müssen ganz überproportional oft Hauptschulen besuchen.« Demmer sieht hierin einen klaren Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention.

bildung und die Gewinnung neuer Mitglieder: »Dass in der GEW Unterfranken seit zehn Jahren die Mitgliederzahlen stabil geblieben sind, ist dem bundesweiten Trend gegenläufig.« Als zweite Vorsitzende wurden Isabella Zang, Aschaffenburg, Angelika Geuß, Schweinfurt, sowie Rudolf Brandenstein, Ochsenfurt, gewählt. In den Vorstand neu gewählt wurden Geschäftsführer

»Was geht in Kinderherzen vor, wenn ein Kind mit acht Jahren hört, es komme ja eh nicht auf das Gymnasium.«, klagt sie die frühe Teilung der Bildungswege und damit der Lebenschancen im deutschen Schulsystem an. »Der Satz ›Aus dir wird nie etwas‹ verletzt die Würde des Kindes«, so Demmer. Sie will prüfen lassen, ob das eigenständige Recht eines Kindes auf Bildung und auf Mitsprache in seinen Angelegenheiten, wie es in der UN-Kinderrechtskonvention verbrieft ist, durch eine Informationskampagne in alle Landesverfassungen, so auch in die bayerische, aufgenommen werden kann. »Dann besteht ein Rechtsanspruch auf Chancengleichheit und auf volle Entfaltung der Persönlichkeit – unabhängig von Geldbeutel und Ausbildung der Eltern.«

Die GEW fordert Bildung als Menschenrecht. Besonders in Bayern ist die Abhängigkeit der Bildungsbeteiligung vom elterlichen Geldbeutel auffällig groß. »Bildung ist Menschenrecht« bringt zum Ausdruck, dass es höherstehende Interessen gibt als die der Ökonomie. Die Wirtschaft habe allenfalls sicher zu stellen, dass dieses Menschenrecht von allen genossen werden kann. Daher muss der Zugang zu Bildung und Bildungseinrichtungen frei von Gebühren und anderen individuellen Beiträgen sein.

von Jörg Nellen

Die GEW-Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe in Mittelfranken ist Mitveranstalter und lädt ein zu:

5. Sonderpädagogischer Tag Erlangen 29. und 30. März 2006

Sonderpädagogisches Förderzentrum Erlangen

Stintzingstr. 22 • 91052 Erlangen

Tel. 0 91 31/9 41 15 80, verwaltung@sfz-e.de

vorläufiges Programm (Stand 16.1.2006)

29. März 2006 14.00 - 20.30 Uhr: **Konzepte in der Sonderpädagogik**

AGs: Prädikative Faktoren und klinische Hinweise auf vermehrte Gewaltbereitschaft bei Kindern • Täglich in der Schule, aber chronisch krank. Wie kann die Schule diesen Kindern helfen? • Die aktuellen Entwicklungen im Bereich der beruflichen Rehabilitation • Mehrsprachigkeit – Problem oder Chance? • Behinderte und nichtbehinderte Kinder lernen gemeinsam bei intensiver Kooperation • Förderschule unverzichtbar – Wissenschaft und Praxis • Besonderheiten beim Lernprozess von ADS-Kindern – Ableitungen für den Unterricht und den Schulalltag • Projekte am Förderzentrum – Ballast oder Chance? • Kooperationsklassen • Die Werkstufe der Merianschule: Fit für die Arbeit – fit für das Leben.

Referat Dr. Kratz:

Ambulante Betreuung von Kindern

30. März 2006 14.00 - 19.15 Uhr: **Anregungen zur Unterrichtsentwicklung**

AGs: Software zum Einsatz bei Rechenstörungen • Integrativer Unterricht an der Montessori-Schule Lauf • Pädagogische Therapie bei Lese- und Rechtschreibschwäche • Regeln, Rituale, soziales Lernen als Grundlage für Lernerfolg • Das neue Fach Berufs- und Lebensorientierung – wirklich neu oder alter Wein in neuen Schläuchen • Die Welt zu Gast bei FreundInnen: Englischunterricht am Förderzentrum • Die Schulstation der E-Schule Schnaittach – unsere Alternative zum Timeout-Raum • Aktiv-entdeckender Mathematik-Unterricht • »Wenn du es eilig hast, gehe langsam« Strategiegeleitete Förderung von lese- und rechtschreibschwachen SchülerInnen • Mediator-Workshop: Präsentieren und Programmieren mit FörderschülerInnen • Teilleistungsstörungen im Förderschulalltag – Diagnostik und Förderung konkret • Einführung in die Arbeit mit Wochenplänen • Geometrie.

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Parkplätze stehen im Schulhof zur Verfügung.



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt's im Internet unter www.AJuM.de (Datenbank) oder www.LesePeter.de.

Im Februar 2006 erhält den LesePeter das Jugendbuch Andreas Eschbach, **Die seltene Gabe**, Arena, Würzburg 2005, 248 Seiten/TB/6,90 EUR. Im März 2006 erhält den LesePeter das Sachbuch Claus Christian Malzahn, **Deutschland, Deutschland – Kurze Geschichte einer geteilten Nation**, dtv premium Nr. 24486, München 2005, 217 Seiten/TB/14,00 EUR.

Deutschland geht auf Schulfahrt

Natürlich mit:

Schulfahrt.de

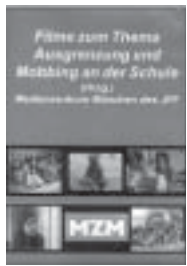
Der Schülerreisedienst

Telefon: 0 35 04 / 64 33-0

Telefax: 0 35 04 / 64 33-19

Filme zum Thema Ausgrenzung und Mobbing an der Schule

Gewalt an der Schule hat verschiedene Gesichter. Sie reicht von Ausgrenzung und Mobbing innerhalb und außerhalb des Unterrichts bis hin zu körperlicher und physischer Gewalt auf Pausenhof oder Schulweg. Eine vom Medienzentrum München herausgegebene DVD thematisiert diese unterschiedlichen Formen von Gewalt



und zeigt auf, wie sich Gewalt an unseren Schulen alltäglich ereignet. Die Filme entstanden alle im Rahmen von Projekten des Medienzentrums München mit SchülerInnen verschiedener Altersstufen. Sie veranschaulichen, dass

Gewalt an der Schule häufig nur versteckt zu Tage tritt und vor allem psychische Schäden bei den Kindern und Jugendlichen hinterlässt. In den sieben verschiedenen Filmbeispielen werden jeweils Erlebnisse und Geschichten erzählt, die aus den Erfahrungen der an den Projekten beteiligten SchülerInnen resultieren. Es sind Geschichten, die von den Kindern und Jugendlichen zum Teil selbst erlebt wurden und im Rahmen der Filmprojekte aufgearbeitet wurden. Dadurch eignen sie sich auch als Ausgangspunkt für eigene Medienprojekte im schulischen oder außerschulischen Kontext. Sowohl die aufgegriffenen Themen als auch die Formen der Umsetzung sind exemplarisch für eine Medienarbeit zum Thema Gewalt an der Schule. Gewalt an der Schule kann dadurch zwar nicht beseitigt werden, die Medienarbeit kann aber dazu beitragen, für verschiedene Formen von Gewalt zu sensibilisieren und Ansatzpunkte zur Lösung von Konflikten unter SchülerInnen zu eröffnen.

Der Film kann gegen eine Verleihgebühr von 7,50 Euro ausgeliehen oder als Kaufkassette erworben werden (30 Euro ohne Verleihrechte, 60 Euro mit dem Recht des nicht-gewerblichen Verleihs für Medienzentralen, Bildstellen, Bibliotheken u.ä.). Die Preise verstehen sich jeweils zzgl. Versandgebühr.

Medienzentrum München des JFF

Tel.: 0 89-1 26 65 30 • Fax: 0 89-12 66 53 24
www.mzm.jff.de

EVA LUNA –

Die mobile Selbstbehauptungsschule

Unter dem Titel »Perlen auf der Schnur« bietet EVA LUNA, ein Zusammenschluss mehrerer Selbstbehauptungslehrerinnen für interessierte Frauen eine berufsbegleitende Weiterbildung »Selbstbehauptungspädagogik« sowie eine Zusatzqualifikation »Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungslehrerin in der Mädchenarbeit« an. Bestandteile der Weiterbildung sind Präven-

Dies und Das

tionsarbeit zu sexueller Gewalt, Gewaltprävention, Konfliktlösung, Spiel- und Sexualpädagogik. Die Ausbildung vermittelt die Erfahrung mit den persönlichen Stärken, die Auseinandersetzung mit der individuellen Konzeptfindung und der eigenen Lehrerinnenrolle sowie die praktische Anleitung zur Kursgestaltung.

Die Weiterbildung ist so konzipiert, dass die gelehnten Inhalte in die eigene Arbeit integriert werden können.

Die Module beider Fortbildungsreihen sind auch als Einzelseminare buchbar.

Termin: Alle Module werden 2006 mindestens einmal angeboten.

Kontakt und Anmeldung:

EVA LUNA

Die mobile Selbstbehauptungsschule

Weinberger Str. 16 • 92318 Neumarkt i.d.Opf.

Tel.: 0 91 81-3 28 49 • www.evaluna.de

radioWissen

Homepage hat viel zu bieten

Das stets aktuelle Programm von radioWissen in Bayern2Radio findet man auf der Homepage des BR. Darüber hinaus gibt es dort für LehrerInnen multimediale Wissenspakete für die Unterrichtsvorbereitung, den Unterricht selbst und zur eigenen Wissenserweiterung: Hintergrundinfos zu Themen und Sendungen, Quellen- und Literaturangaben, Glossar und Bildarchiv, Sendemanuskripte, Arbeitsblätter und Tafelbilder, didaktische Hinweise, kommentierte Links zu verwandten Bereichen und audio-on-demand – die aktuellen Sendungen und interessante Originaltöne zum Hören und Herunterladen.

www.br-online.de/wissen-bildung/collegeradio/

Bildungsprogramm 2006 des Bereichs Migration & Qualifizierung beim DGB

Für die arbeitsweltbezogene Bildung hält der Bereich Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk auch im Jahr 2006 wieder zahlreiche Angebote bereit. Daneben bietet er Information und Beratung für gewerkschaftliche und außergewerkschaftliche Akteure an. Schließlich bieten Tagungen und Workshops des Bereichs Migration & Qualifizierung ein Forum zur Auseinandersetzung über aktuelle Themen der Migrationspolitik.

Die Seminare befassen sich zum Beispiel mit Fragen der beruflichen Integration von MigrantInnen, mit der Asyl- und Migrationspolitik in der EU, dem deutschen Zuwanderungsrecht oder mit interkulturellen Kompetenzen. Tagungen finden – wie inzwischen seit Jahren – zum UN-Tag gegen Rassismus im März und zum UN-Tag der Menschenrechte im Dezember statt. Oder: Eine Behörden-Tagung thematisiert

die interkulturelle Öffnung in Verwaltungen und im öffentlichen Bereich.

Wer sich über das ganze Angebot informieren möchte, kann das »Programm – Information – Beratung« bestellen bei

DGB Bildungswerk

Bereich Migration & Qualifizierung

Hans-Böckler-Str. 39 • 40476 Düsseldorf

Tel.: 02 11-43 01-141 • Fax: 02 11-43 01-134

E-Mail: migration@dgb-bildungswerk.de

www.migration-online.de/programm2006

Förderwettbewerb für Integration

Die Robert-Bosch-Stiftung hat erstmalig einen »Förderwettbewerb zur Integration von Einwanderern aus der Türkei« ausgeschrieben. Damit sollen Projekte gefördert werden, die auf phantasievolle Weise türkeistämmige Menschen in das Leben in Deutschland einbinden.

Der Wettbewerb richtet sich an Initiativen, Vereine, Schulen, Kindergärten usw. Gefördert werden sollen vor allem Projekte aus den Bereichen Sprachförderung, Kinder- und Jugendarbeit, Bildung, Gesundheit und Freizeit.

Im Rahmen der Ausschreibung können Fördermittel bis 15.000

Euro bewilligt werden.

Die Gesamtkosten sollen 25.000 Euro (Stiftungsmittel, Kofinanzierung, Eigenmittel) nicht übersteigen. Einsendeschluss für Bewerbungen ist der 28. Februar 2006.

Antragsformulare gibt es

im Internet:

www.bosch-stiftung.de/foerderwettbewerbintegration

Weitere Informationen bei:

Robert Bosch Stiftung GmbH

Martina Haspel

Postfach 10 06 28 • 70005 Stuttgart

Tel.: 07 11-4 60 84-10 58

E-Mail: martina.haspel@bosch-stiftung.de



Ein Tag der PhysiklehrerInnen

findet am 22.2.2006 an der LMU München statt, ausgerichtet vom Lehrstuhl für Didaktik der Physik, in der Schellingstr. 4, Eingangshalle und Hörsaal E7.

Beginn: 14.00 Uhr mit einer Ausstellung von Unterrichtsmaterialien.

StR Dr. Thomas Wilhelm, Uni Würzburg, referiert zu »Rotierende Teelichter, Linear-motore und schwebende Scheiben – faszinierende Induktionsmotoren zum einfachen Nachbau im Unterricht« und Prof. Dr. Dieter Luest (LMU, München) über »Strings, Membranen und die unsichtbaren Dimensionen des Universums«.

Der Besuch der Veranstaltung wird vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus als LehrerInnenfortbildung anerkannt:

Erlass Nr. VI.7-5P4160.5-6.120734

Interessante Veranstaltungen ab Februar 2006

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

11.02.06	Wie weiter mit den Tarifverträgen? Aktuelle Tarifsituation für angestellte Lehrkräfte. Mit Peter Jonas vom GEW-Hauptvorstand (mehr dazu s.u.) Anmeldung in der GEW-Landesgeschäftsstelle: 0 89/54 40 81-0; Fax: 0 89/5 38 94 87; info@bayern.gew.de	Infoveranstaltung	München DGB-Haus 10.30 - 15.30 Uhr
16.02.06	Spitze! Schulen am Wendekreis der Pädagogik. GEW Bamberg lädt ein zum kostenlosen Kinobesuch (mehr dazu S. 24)	Filmabend	Bamberg Lichtspiel-Kino, 17.00 Uhr
17.-18.02.06	Eine Schule für alle? Veranstaltung des PI der Stadt Nürnberg in Kooperation mit GEW, BEV und anderen. Programm und Anmeldung unter: www.pi-nuernberg.de oder 09 11-231 25 19 (mehr dazu S. 24)	Fachtagung	Nürnberg Johannes-Scharrer-Gymnasium
17.-19.02.06	Bachelor und Master anstelle des Staatsexamens. Seminar zur Reform der LehrerInnenbildung, veranstaltet vom GEW-Hauptvorstand. Infos und Anmeldung: brigitte.eschenbach@gew.de	Seminar	Würzburg
18.02.06	Gesprächsführung.* Mit Dr. Werner Dießner, IfS Markkleeberg	Workshop	München DGB-Haus
20.02.06	Eine Schule für alle. Zum Stand der Kampagne. Mit Oskar Brückner, Vorsitzender der GEW Bayern	Infoabend der FG Sonderpäd.Berufe	München DGB-Haus, 18.30 Uhr
06.03.06	Schule ohne Sitzenbleiben. Mit VertreterInnen des Leibniz-Gymnasiums Essen, Manfred Jelden, Schulpsychologe + Jonas Lanig, Gymnasiallehrer	Infoveranstaltung	Nürnberg DGB-Haus, 19.30 Uhr
08.03.06	Gleich gestellt – doppelt stark! Zum Internationalen Frauentag	Vortragsabend	Aschaffenburg DGB-Haus, 19.30 Uhr
14.03.06	Wie wirksam sind Weiterbildungsmaßnahmen? Mit Dr. Hans Dietrich, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung	Infoveranstaltung	Nürnberg DGB-Haus, 19.00 Uhr
18.03.06	LehrerIn sein – gesund bleiben?! Gesundheitstag der GEW Forchheim (mehr dazu S. 23)	Fachtagung	Forchheim Pestalozzschule
20.03.06	Angestelltenrecht - Zur Situation angestellter LehrerInnen. Mit Hans Schuster, Justiziar der GEW Bayern	Infoabend der FG Sonderpäd.Berufe	München DGB-Haus, 18.30 Uhr
29.-31.03.06	Bildungsreise nach Berlin. Besuch der Heinrich-von-Stephan-Oberschule und einer weiteren Schule mit reformpädagogischen Ansätzen */** Info und Anmeldung: gew@brandenstein.de (mehr dazu S. 20)	Bildungsreise der GEW Würzburg	ab Würzburg
09.-23.04.06	Mit der GEW nach Kerala, Südindien */** Infos und Anmeldung: TeamTours Studien- und Erlebnisreisen, Tel. 0 89-81 00 91 01 oder 0171-936 58 16, teamtours-reisen@web.de	Studienreise	Kerala Indien

München: siehe immer auch: www.gew-muenchen.de. Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerrufbar! Bitte per e-mail anfordern.

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben über: GEW-Büro z. Hd. W. Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41-79 36 95, E-mail: GEW21972@aol.com

** Teilnahmegebühr

Wie weiter mit den Tarifverträgen?

Die aktuelle Tarifsituation
für angestellte Lehrkräfte in Bayern

am **Samstag, 11.02.2006**

um 10.30 Uhr in München, DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64
mit **Peter Jonas**

Referent für Beamten- und Tarifpolitik beim GEW-Hauptvorstand

Programm:

10.30 h **Die aktuelle Tarifsituation für angestellte Lehrkräfte**

Referat **Peter Jonas**

11.30 h Arbeitsgruppen

- für staatlich angestellte Lehrkräfte mit Peter Jonas
- für privat angestellte Lehrkräfte mit Jockel Graf, GEW München
- für WartelistenbewerberInnen mit Hans Schuster, GEW-Rechtsstelle

Bei Interesse können auch weitere AGs eingerichtet werden.

13.00 h Mittagspause

14.00 h **Plenum: Was kann die GEW bieten und tun?**

- Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse
- Netzwerke knüpfen (Adressenaustausch, Mailingliste)

15.30 h Ende

Anmeldung: GEW-Geschäftsstelle: info@bayern.gew.de, Tel.: 0 89/5 44 08 10

Die GEW Unterfranken veranstaltet im Rahmen ihrer Fortbildungsreihe
»Bildung anders«

vom 29. bis zum 31. März 2006
eine Bildungsfahrt nach Berlin.

Geplant ist ein Besuch der Heinrich-von-Stephan-Oberschule, deren Direktor, Jens Großpietsch, Hauptreferent bei »Bildung anders 15« am 12. November an der Hauptschule Ochsenfurt war, und der Werner-Stephan-Oberschule. Infos zu den Schulen: <http://www.hvstephan.de> + <http://www.wso-berlin.de>. Beide Schulen bieten ein außergewöhnliches Schulprofil, beschulen Haupt- und RealschülerInnen und zeigen erfolgreiche Wege für die Integration besonders schwieriger SchülerInnen auf.

Vorläufiges Programm:

Anreise: Mittwoch, 29. März 2006, ca. 15.00 Uhr mit Reisebus ab Würzburg
Donnerstag, 30. März und Freitag, 31. März:

Besuche an zwei Schulen, Überblick über die schulpolitische »Landschaft« Berlins durch Jens Großpietsch, alternative Stadtführung und Spaziergang durch Berlin Mitte (weitere Aktionen in Planung)

Rückreise: Freitag, 31. März am Abend, Ankunft in Würzburg ca. 23.00 Uhr

Für die teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen an **staatlichen Schulen** wird **Dienstbefreiung** gewährt.

Kosten für Busfahrt und Übernachtungen (Einzelzimmer) in Berlin Mitte: 205 EUR für GEW-Mitglieder und 250 EUR für Nichtmitglieder

Anmeldung bei: Rudolf Brandenstein, Vorsitzender der GEW Würzburg
Fuchsstadter Str. 17, 97286 Winterhausen, gew@brandenstein.de

Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im Februar Geburtstag feiern, ganz besonders

Alban Frischeisen, Pullach, zum **90.**

Wolfgang Graf, München, zum **80.**

Prof. Dr. Kurt Singer, Grünwald, zum **77.**

Hermann Brandes, Erding, zum **76.**

Gertrud Gräbner, Kirchberg,

Prof. Dr. Susanne Grimm, München,

Ursula Mück, Weitramsdorf, und

Lilo Seibel-Emmerling, Nürnberg, zum **74.**

Prof. Hanne Kettling, München, zum **73.**

Arnhild Bühner, Neukirchen,

Max Brandl, Grafenwiesen,

Rainer Döbrich, München,

Engelbert Hemberger, Wolfratshausen,

Dmitri Milinski, München, und

Konrad Porzner, Ansbach, zum **71.**

Heinz Josef Schulte, München, zum **70.**

sowie zum **65.**

Irmlind Berg, Fuchstal,

Hiltrud Grimminger, München,

Helga Hager, Bad Sobernheim,

Gertrud Scherer, München,

Karlheinz Fritz, München,

Peter Glaser, Aindling,

Prof. Dr. Lutz-Dieter Behrendt, Deggendorf,

Rainer Homann, Salzburg, und

Lothar Friedrich Nahold, Buchloe.



Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft
seit vielen Jahren die Treue halten.

Im Februar gilt unser Dank ganz besonders

Marianne Walz, Neustadt, für **40 Jahre**

sowie für **35 Jahre** Mitgliedschaft

Gudrun Eichler, München,

Renate Fehn, Stadtbergen,

Gerli Hippel, Burggen,

Gabriele Narten-Krause, Eichenau,

Karin Werle, München,

Wolfgang Anzinger, Freising,

Jürgen Gadow, Bad Berneck,

Peter Kunz, Plößberg,

Peter Kurz, Trostberg,

Volker Lindner, Bad Feilnbach,

Hans Sonnenholzner, Gauting, und

Stefan Teuber, München.



LehrerIn sein – gesund bleiben?!

Gesundheitstag der GEW Forchheim

in Zusammenarbeit mit dem GEW-Bezirksverband Oberfranken

Samstag, den 18. März 2006, 9.00 - 15.30 Uhr

Pestalozzischule Forchheim • Fritz-Hoffmann-Str. 5

10.00 Vortrag mit Aussprache

**Arbeitslust statt Arbeitsfrust – Wie können sich Lehrkräfte
gegen Stress und Burnout schützen?**

Referent: Dr. Peter Vogt, Chefarzt der Rehaklinik Albrecht, Bad Tölz,

Therapie-Schwerpunkt: Behandlung von LehrerInnen mit Burnout-Syndrom

ab 13.00 Uhr Arbeitsgruppen:

- **Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz** mit Ernst Wilhelm, Vorsitzender GEW Oberfranken
- **Supervision** mit M. Greißel, Dipl.-Supervisor
- **Stimmbildung** mit A. Dühorn, Logopädin
- **Kollegiale Praxisberatung** mit M. Meyer, Lehrer
- **»Gut drauf«** Entspannungsprojekt mit E. Führer-Götz, Lehrerin
- **Yoga** mit H. Körfggen-Neutzner, Yogalehrerin

Nähere Informationen und Anmeldung für Arbeitsgruppen und Mittagessen (6,50 Euro)
bis zum 10. März bei Andreas Hartmann, Schönbornstr. 36, 91330 Eggolsheim,
Tel. + Fax 0 91 91/70 24 32 E-Mail: hartmannandi@aol.com

GEW-Stammtische ... GEW-Stammtische ... GEW-Stammtische ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/III., 93055 Regensburg, ☎ / Fax 09 41/79 36 95, e-mail: gew21972@aol.com

Augsburg jeden 1. Schulmittwoch im Monat offene Vorstandssitzung ab 20.00 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Uli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

Aschaffenburg Mitgliederversammlung jeden 1. Schul-Mittwoch, 20.00 Uhr, DGB-Haus; Mittwoch danach, 20.00 Uhr, Stammtisch, Pizzeria Venezia
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfratshausen jeden letzten Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bayreuth jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Herpichs Brasserie, Schulstr. 23, Bayreuth
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Naturkostrestaurant »Tiere«
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen monatlich Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erlangen jeden 1. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Gärtla
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBauernStüberl
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt jeden 3. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ölbaum (a.d. Schleifmühle)
Kontakt: Bruno Appel, ☎ 08 41/5 46 83

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen nach Absprache
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

München Aktion Butterbrot jeden 2. Donnerstag, 19.00 Uhr, DGB-Haus, Stammtisch-Termine: www.gew.muenchen.de
Kontakt: Inge Poljak, ☎ 0 89/76 97 95 55

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München GEW-Hochschulgruppe im AK Gewerkschaften
Offene Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, AStA der LMU, danach ab 22.00 Uhr Stammtisch im EineWeltHaus
Kontakt: gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Uni
Sprechstunde Dienstag 14.00 - 16.00 Uhr in der SIB um AStA der LMU, Leopoldstr. 15, 80802 München
Kontakt: lanas@stuve.uni-muenchen.de und siris@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Wolfgang Kirschner, ☎ 0 91 81/2 00 58

Neu-Ulm/Günzburg monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick
jeden Dienstag, 21.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Paulaner Garten (ehem. Paradiesgarten)
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Vielharmonie
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Starnberg jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Hersching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Traunstein jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Schnitzelbaumer
Kontakt: Manfred Doetsch, ☎ 08 61/86 74

Untertal/Memmingen jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Parkhotel a.d. Stadthalle
Kontakt: Bertram Hörtensteiner, ☎ 0 83 32/64 66

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

Würzburg jeden 2. Dienstag (ab 1. Schuldienstag nach Ferien), 20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Rudolf Brandenstein, ☎ 0 93 33/5 22

Eine Schule für alle?

Veranstaltung des PI Nürnberg
und des Schulforum Nürnberg

Pro und contra – Eine Schule für alle

Impulsvorträge und Diskussion:

Prof. Dr. Olaf Köller, Prof. Dr. Matthias von Saldern

Blick über den Zaun

»Alle Schüler und Schülerinnen bestmöglich fördern. Der Weg der deutschen Schule in Südtirol.« Vortrag von Dr. Rudolf Meraner

Thematische Foren:

1. Welche Schule schafft soziale Integration?
2. Welche Schule schafft individuelle Förderung?
3. Welche Schule bereitet am besten auf den Beruf vor?
4. In welcher Schule bringen Schülerinnen und Schüler die beste Leistung?
5. Was macht Schule effizient?

Freitag 17.2.06 18.45 bis 21.00 Uhr

Samstag 18.2.06 09.30 bis 17.00 Uhr

Johannes-Scharrer-Gymnasium, Tetzlasse 20, Nürnberg

Info und aktuelles Programm: www.pi-nuernberg.de

www.bayern.gew.de ... www.bayern.gew.de

GEW lädt zum kostenlosen Kinobesuch

Am Donnerstag, 16. Februar, um 17 Uhr zeigt die GEW Bamberg den 52-min. Dokumentarfilm

»Spitze! Schulen am Wendekreis der Pädagogik«

im **Bamberger Lichtspiel-Kino**, Untere Königstr. 34. Eintritt frei!

Am Vorabend der Ausgabe der Zwischenzeugnisse sind insbesondere SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern eingeladen zu erfahren, wie auch staatliche Schulen ohne Aussonderung der »Schlechten« arbeiten und dabei internationale Spitzenleistungen erzielen.

Die GEW betrachtet diesen Film des Bildungsjournalisten Reinhard Kahl über die Grund- und Sekundarschulen in Finnland, Schweden und Dänemark als Aufforderung, auch unsere Schulen endlich zu gemeinsamen Häusern des Lernens zu machen, die von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gerne besucht werden, weil dort motivierende Lebensräume, Unterstützung, Begeisterung und dauerhafte Lernerfolge zu finden sind.

Wer nach dem Film über unseren Weg zu besseren Schulen diskutieren möchte, kommt mit in die »Scheinbar« (im selben Haus).